

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei blankem Postbezugs monatlich 1,15 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 1.— M., für Ausland 2.— M., per Brief 1,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate haben die übliche Normenpreise, es seien hier einige Beispiele: 1. Zeile 1. bis 3. Tag 1,50 M., 4. bis 7. Tag 1,20 M., 8. bis 14. Tag 1,00 M., 15. bis 30. Tag 0,80 M., 31. bis 60. Tag 0,70 M., 61. bis 90. Tag 0,60 M., 91. bis 120. Tag 0,50 M., 121. bis 180. Tag 0,45 M., 181. bis 240. Tag 0,40 M., 241. bis 300. Tag 0,35 M., 301. bis 360. Tag 0,30 M., 361. bis 420. Tag 0,25 M., 421. bis 480. Tag 0,20 M., 481. bis 540. Tag 0,15 M., 541. bis 600. Tag 0,10 M., 601. bis 660. Tag 0,08 M., 661. bis 720. Tag 0,06 M., 721. bis 780. Tag 0,05 M., 781. bis 840. Tag 0,04 M., 841. bis 900. Tag 0,03 M., 901. bis 960. Tag 0,02 M., 961. bis 1020. Tag 0,01 M., 1021. bis 1080. Tag 0,01 M., 1081. bis 1140. Tag 0,01 M., 1141. bis 1200. Tag 0,01 M., 1201. bis 1260. Tag 0,01 M., 1261. bis 1320. Tag 0,01 M., 1321. bis 1380. Tag 0,01 M., 1381. bis 1440. Tag 0,01 M., 1441. bis 1500. Tag 0,01 M., 1501. bis 1560. Tag 0,01 M., 1561. bis 1620. Tag 0,01 M., 1621. bis 1680. Tag 0,01 M., 1681. bis 1740. Tag 0,01 M., 1741. bis 1800. Tag 0,01 M., 1801. bis 1860. Tag 0,01 M., 1861. bis 1920. Tag 0,01 M.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 2895-96, 2768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Friede in Kraft!

Der Austausch der Ratifikationsurkunden.

Berlin, 9. Januar.

Seit dem für morgen nachmittag in Paris anberaumten Austausch der Ratifikationsurkunden und der darauf folgenden Verkündung des Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden tritt der Friede in Kraft. Zugleich werden, wie in einer Note der Alliierten mitgeteilt wird, die interalliierte Gabe-Kommission für die besetzten rheinischen Gebiete, die Wiedergutmachungskommission und die Interalliierten Ueberwachungskommission ihre Tätigkeit aufnehmen. Wegen des Tätigkeitsbeginnes der übrigen im Friedensvertrag vorgesehenen Kommissionen werden seitens der Alliierten noch nähere Mitteilungen erfolgen.

Paris, 9. Januar.

Morgen 4 Uhr nachmittags findet im Ministerium des Äußeren die Zeremonie der Unterzeichnung des Protokolls statt, durch welches der Waffenstillstand beendet wird, sowie der Austausch der Ratifikationen durch den endgültig der Friedenszustand zwischen den Alliierten und Deutschland hergestellt wird.

Die Zeremonie wird in zwei Teile zerfallen. Die Vertreter der fünf Mächte werden sich vorher im Kabinett des Ministeriums des Äußeren versammeln. Die Herren von Lersner und von Simon werden hierauf eingeladen werden, im Namen Deutschlands das Protokoll vom 1. November zu unterzeichnen. Clemenceau wird ihnen sodann ein Schreiben überreichen, durch welches die Alliierten sich verpflichten, die Riffe für die Zerstörung der Flotte in Swaps-Flotz verlangten Materials herabzusetzen. Der zweite Teil der Zeremonie findet unmittelbar im Anschluss daran im Ahrensaal statt. Die Mächte, die den Friedensvertrag ratifiziert haben, werden dabei durch je einen Delegierten vertreten sein: Frankreich durch Clemenceau, England durch Lloyd George, Italien durch Ritti usw.

Es wird ein Protokoll aufgestellt werden, das sich in groben Zügen wie folgt darstellt: Protokoll der Niederlegung der Ratifikationen des Friedensvertrages, der am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde einerseits von den alliierten Staaten andererseits von Deutschland, sowie über Artikel 234 betreffend Befehle der Rheinlande. Hierauf wird zur Niederlegung der Ratifikation und ihrer Ueberreichung an die Regierung der französischen Republik geschritten, damit sie diese in ihrem Archiv deponieren kann.

Dieses Protokoll wird auf einem Pergament in Quartformat gedruckt sein. Dieser Austausch der Ratifikationen wird die unverzügliche Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland zum Ergebnis haben. Am Tage nach dem Austausch wird Herr v. Marcell als französischer Geschäftsträger Paris verlassen, um sich nach Berlin zu begeben. Eine andere Folge wird die sofortige Heimkehr der Gesandten haben. Heute nachmittags muß noch eine Sitzung der alliierten technischen Sachverständigen über die Auslieferung der deutschen Schuldigen stattfinden.

Wilson über das Friedensabkommen.

O. R. Washington, 9. Januar.

Der Washingtoner Korrespondent des Hooper „Newspaper“ meldet, daß Wilson in seiner Botschaft an den amerikanischen Nationalausschuss erklärt habe, der einzige Weg zur Festhaltung der Ansichten des amerikanischen Volkes über das Abkommen und den Willen wurde sein, daß man das Abkommen als Streitfrage bei den kommenden Wahlen in den Vordergrund rübe. Der Präsident sagte, daß er bereit sei, die Vorbehalte des Volkes zu bewilligen, falls sie nur den Standpunkt der Vereinigten Staaten und die Auslegung, welche Lincoln über die in Frage kommenden Punkte gibt, betreffen. Der Präsident sagte weiter: Wir können das Abkommen nicht ändern, wir müssen also genehmigen ohne jedwede Änderung, welche die ursprüngliche Bedeutung abschwächen würde. Nachdem die übrige Welt unterschrieben hat, sollten wir, falls wir Änderungen wünschen, die uns fähig machen auf uns nehmen, ein neues Friedensabkommen mit Deutschland abzuschließen. Falls die Ver-

einigten Staaten sich dem Völkerverbund nicht anschließen, so wird auf neue ein Versuch unternommen werden können, um die neuen Keinen Rationen Europas zu beschleunigen.

Der weiße Terror in Sibirien.

In einem von Koksakoff Penetrieren Quartier ist, wie die russische Presse berichtet, ein Geheimdokument gefunden worden, das den Entwurf zur Durchführung von Strafexpeditionen der 12. Artillerie-Division im Ural darstellt. Im Entwurf ist zunächst von der Ausrüstung der Offiziere und Soldaten, die zum Strafkommando gehören, die Rede. Dann werden Vorschriften für die Bestrafung der Schuldigen (Deserteure, Volkswissen usw.) erteilt. Es heißt darin wörtlich:

„In die Mitteilung eingetroffen, daß ein Soldat desertiert ist, so begibt sich das Strafkommando in seine Heimat. Wird der Geflüchtete gefangen, so ist er sofort zu erschießen, ist er nicht anwesend, so ist sein Besitz zu vernichten, sein Vieh muß man abschlagen, seine Kleider, sein Geld, überhaupt alles, was ihm gehört, muß weggenommen werden. Ist es möglich, sein Haus niederzubrennen, ohne daß dadurch die Nachbarn gefährdet werden, so ist dieses sofort durchzuführen. Auch ist es notwendig, jemanden aus der Familie, am besten die Mutter, zu erschlagen.“

Weiter heißt es dann im Dokument: „Diesen Mitgliedern des Kommandos, die aus Mitleid diesem Befehl nicht folgen, sind unverzüglich zu erschießen.“ Sollen wir nicht die Bestätigung der sibirischen Grenzboten in der bürgerlichen englischen und amerikanischen Presse, so müßte man das oberangeführte Dokument eher als Ausfluß der kranken Phantasie eines Sadisten ansehen und nicht als Beitrag zur Kompromethode der Weißen Garde.

Geheimdokumente über den tschecho-slowakischen Aufstand in Rußland.

O. R. Paris, 9. Januar.

„Daily Herald“ veröffentlicht Geheimdokumente, die in den Jahren 1917 und 1918 anlässlich des österreichischen Sonderfriedens-Versuches zwischen Masaryk und dem Präsidenten des tschechischen Nationalausschusses in Rußland gewechselt wurden. Der Nationalausschuss befürchtete, daß die Unabhängigkeit der Tschecho-Slowakei durch diesen Sonderfrieden beeinträchtigt werden könnte, da Oesterreich die Unverletzlichkeit seines Gebietes zur Bedingung machte. Masaryk deponierte hierüber mit Mascha, dem Präsidenten des tschechischen Nationalausschusses und bezeichnete die Aussichten für sein Land als sehr ernst.

Ein zweites Schriftstück betrifft die Unterhandlungen von Masaryk mit dem Chef der französischen Militärmission, der als Bedingung für die Anerkennung der tschechischen Unabhängigkeit die Herbeiführung eines Aufstandes durch die Tschechen gegen die Sowjetregierung verlangte. Masaryk antwortete in einem Telegramm, er werde dies nicht tun, und er könne keinerlei Schritte unternehmen, bevor er sich nicht mit der Entente über diesen Punkt auseinandergesetzt habe. Als er jedoch gar keine Zugeständnisse erhielt, meldete er Mascha, es sei für die Anerkennung der Tschecho-Slowakei notwendig, die Wünsche der Alliierten zu erfüllen, auch wenn dies einen blutigen Umsturz in Rußland bedinge. Bald darauf besetzten die Tschechen die Wolgalinie und die sibirische Eisenbahn. In Paris, wo das alles bekannt ist, hat man alles mögliche getan, um die Veröffentlichung dieser Dokumente zu verhindern.

Neue Lohnbewegung der englischen Bergleute!

„Allgemein Handelsklub“ meldet aus London, daß die Leitung des Bergarbeiterverbandes in einer in London abgehaltenen Sitzung wichtige Beschlüsse gefaßt hat. Ausland Geddes hatte den Gesamtvertrag für das Jahr auf 81 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Da jedoch der Vertrag für sechs Monate 88 Millionen Pfund betragen hat, sind die Arbeiter überzeugt, daß die Bergwerkbesitzer Riesengewinne gemacht haben. Es wurde beschlossen, eine Abordnung zu Lloyd George zu entsenden und seine Antwort am 29. Januar zu befragen; wenn sie nicht befriedigt werde, sofort eine Lohnaktion in die Wege zu setzen.

Kapitalistische Betriebsratspflichten.

W. K. Aus dem der gesetzlichen Betriebsratsregelung imetwöhnlichen Grade, den heftigen Kapitalismus zu stützen, ergibt sich ein seltsames Gemisch von Pflichten. Unerwähnt wird deren Zusammenstellung in den Paragraphen 60 bis 91 bei flüchtigem Nachdenken ebenso kurios wie kurios vorkommen. Man kann schon jetzt die zu wählenden Arbeiter und Angestellten bedauern, die sich mit diesem Gemisch dehnbarer Bestimmungen anfalliger neuer Begriffe herumschlagen sollen. Eine gewisse Ueberflüssigkeit ist in dieses faule Durcheinander erst zu bringen, wenn man sich daran erinnert, daß es ja schon im Paragraph 1 des Betriebsratsgesetzes heißt, daß nicht etwa nur zur Wahrnehmung der Interessen und Arbeiterinteressen, sondern erst recht zur Unterstützung des Unternehmers und zur Erfüllung seiner Betriebszwecke die Betriebsräte errichtet werden. Nachdem die Rechtswirre diese dreifachen Bestimmungen in das Gesetz hineinbringen konnten, wissen sie sich gar nicht genug zu tun, in der Befristung dieser wahren Pflichten der Betriebsvertretungen.

Im ursprünglichen Entwurf war in den betreffenden Paragraphen zunächst in Punkt 1 bis 9 die sogenannte soziale Interessensvertretung der Betriebsräte geregelt, dann folgten Punkt 10 bis 12 mit der „wirtschaftlichen Roterteilung“, wie die Regierung sich schamhaft ausdrückte. Die Kompromißmethode der Kommission aber weiß besser, was sie ihren kapitalistischen Hintermännern schuldig ist: Sie setzte die Verpflichtung, den Kapitalismus zu fördern, in dem Abschnitt über die Aufgaben und Befugnisse der Betriebsräte gleich an die erste Stelle. Also zu allererst haben die Betriebsräte die hohe Pflicht — wörtlich zitiert — „die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen“. Und zwar nicht etwa, damit sie rechtzeitig den Arbeiterwünschen nachgibt oder gar sozialistisch zu wirtschaften beginnt. O nein, solcherlei schöne Dinge kümmern die neuartige Arbeitervertretung nicht. Im Gegenteil, sie soll besonders die Betriebsleitung durch Rat unterstützen, um dadurch „mit ihr“ — also Arm in Arm und eng verflochten einen „möglichst hohen Stand“ und eine möglichst Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu erreichen. Diese Betriebsleistungen hängen vor allem von den Arbeitskräften ab. Sie anzuspornen, sie anzutreiben, kurz ihre Ausbeutung zu steigern, ist also die wichtigste kapitalistische Betriebsratspflicht!

Gleich als zweite Pflicht wird fördernde Mitarbeit bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden verlangt. Neue Arbeitsmethoden sind, solange für kapitalistischen Profit geschafft werden muß, immer nur neue Ausbeutungsmethoden. Ueber neue Methoden der Betriebsführung oder der Geschäftsleitung, über neue Methoden der kaufmännischen oder technischen Verwaltung, über die Methoden der inneren kapitalistischen Organisation der Unternehmungen hat der übliche Betriebsrat natürlich kein Stimmrecht zu melden. Arbeitertrug nicht Arbeitertrug ist seine Pflicht.

Damit ihm das ganz klar werde, folgt als dritter Punkt seiner Pflichten die Vorschrift, daß er den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren hat. Man meint nicht etwa, wie Unerwähnte glauben könnten, daß ein Betriebsrat seinen Betrieb vor Erdbeben, Explosionen oder Ähnlichem, was man sonst Erschütterungen nennt, zu bewahren habe. Ganz so grotesk denkt man noch nicht über ihn. Erschütterungen ist hier nur die kämpfbare parte Unerschütterung des Wortes Streiks. Vor diesen sozialen Erschütterungen haben die künftigen Betriebsräte ihre Kapitalisten zu schützen. Der Betriebsrat hat die Pflicht, bei solchen Streikzeiten den bürgerlich geleiteten Schlichtungsausschuss anzurufen, wozu ihm im 4. Punkt noch die Verantwortung für die Durchführung der gefällten Entscheidung auferlegt wird, während Punkt 6 ihn auch noch die Förderung des Unternehmens zwischen Arbeiter und Unternehmern gebietet.

Wunderbar, wird jeder rechtsgelehrte Syndikus von Zornmachervereinigungen ausrufen: Jetzt hat man wenigstens Kerle, die man für die verdammten Streiks rechtlich zur Verantwortung ziehen kann. Das jetzige tolle Wieder-ausblenden der kümmerlichsten Justizmethoden des National-

Honoren stellen nicht bloß, daß man Richter findet, wie wissen, wie man streikfähigen Betriebsräten einen Streik dreht.

Während man bisher frampfhast suchen mußte nach irgend welchen zufälligen Säubern, wie propagierten Streikposten oder ungefähren Arbeiterunterhandlungen, die sich in Gefegesbrüchen verdingen, so weiß man jetzt nach dem neuesten sozialen Gesetzentwurf gleich, an wem man sein Mütchen kühlen kann. Betriebsratsmitglieder, die schon jetzt nach Kräften wegen Verleumdung, Nötigung und gar Erpressung bestraft werden, weil sie ihre Kollegen gegenüber den Ausbeutern richtig vertreten hatten, werden der Klassenjustiz in Streikfällen ein willkommenes Objekt werden.

Was soll man bei solch unersetzten kapitalistischen Verhältnissen einer sogenannten Arbeitnehmervertretung noch darüber sagen, daß diese Vertretung angeblich daneben noch ein gewisses Kontrollrecht habe und über Arbeiter- und Angestelltenverhältnisse mitbestimmen könne. Schon und Gesundheit ist das. Der Kapitalismus herrscht und will Profit machen. Wer ihm glaubt, rechtmäßig beizutreten zu können, der wird beschwindelt und belogen, wie es das „Geschäft“ erfordert. Punkthum, Sozial Alles andere ist Lariifari und Komödie.

Vorläufig ist das angeforderte Gesetz über Teilnahme zweiter Vertreter des Betriebsrates an den Aufsichtsrats- sungen nur erst Vertretung auf die Zukunft. Ist es wirklich fertig, dann werden die Betriebsratsvertreter hin- ter sich geschlossen und demnach mit Völkern, Ziffern und Redenarten besessen gemacht, daß ihnen Hören und Sehen vergeht.

Mit der Jamosen, besonders für die üblichen Betriebs- räte gefühllos ausstrichlichen Betriebsräten und Gewinn- und Verlustrechnung ist's genau das gleiche Spiel: Schall und Rauch, Nebel und Dunst, um die goldige Wahrheit kapitalistischer Profite zu verdecken.

Selbst, die Regierungensozialisten halten die sozialistische Arbeiterschaft noch nicht für reif und fähig, im Sinne ihrer sozialistischen Gedankenwelt die Produktion umzugestalten; aber jetzt soll diese für ihre eigenen Angelegenheiten unreife sozialistische Arbeiterschaft in den fremden Gedankenphären der kapitalistischen Profitwirtschaft nicht nur Bescheid wissen, sondern mehr wissen noch als die Kapitalisten, und diese hinterher kontrollieren, ohne Unterlagen, ohne sündige Einsicht in den Geschäftsgang, ohne Einblick in die Betriebsvor- gänge, kurz ohne alles! — Hohn und Spott!

Was neben diesen Ungehörlichkeiten von Befugnissen übrig bleibt — von Rechten kann man nicht reden — ver- sinkt gegenüber den kapitalistischen Willkür in nichts. Das Gölloch der Rechtssozialisten über neue Rechte ist Verräterei. Ueber Demobilisierungsbestimmungen und Streiterfolge für die Angestellten- und Arbeiterausschüsse ist rein gar nichts erreicht.

Die parlamentarischen Auseinandersetzungen der näch- sten Woche werden es der Unabhängigen Sozialdemokratie ermöglichen, den Arbeitermassen darüber die Augen zu öffnen. Aber die beste Tätigkeit im Parlament wird die deutsche Arbeiterschaft vor der Ausbeuter kapitalistischer Väterrecht und aussozialistischen Renegatentums nicht bewahren, wenn die Hand- und Kopfarbeiter nicht selbst auf den Plan treten, um so durch gewaltige Massenaktionen den herrschenden Kapitalisten und ihren Dienern gehörig den Marsch zu blasen.

Das Versprechen der Regierung.

Als die Angestellten der Metallindustrie und des Wirt- schaftsgewerbes im Frühjahr 1919 im Kampf um das Mitbestimmungsrecht in den Streik getreten waren, forderte sie der Vertreter des Reichspräsidenten zum Abbruch des Kampfes auf, indem er ihnen die schriftliche Zusage einer baldigen gesetzlichen Regelung unterbreitete. Ange- sichts der künftigen Regierungsvorlage über Betriebsräte, mit der sich jetzt die Nationalversammlung abschließend be- fassen soll, wird in der von der „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ herausgegebenen Zeitschrift „Der Betriebsrat“ an den Wortlaut jener Versprechungen erinnert. Daß vom 10. April 1919 datierte Schreiben lautet:

„Nach den mir zugegangenen Mitteilungen ist in dem Streik der Angestellten der Berliner Metallindustrie am 1. d. M. von dem angerufenen Schlichtungsausschuß einstimmig ein Schlichtungsbescheid gefällt worden. Nach Zeitungs- und sonstigen Mitteilungen begegnet die Annahme dieses Schlichtungsbescheides in weiten Kreisen der beteiligten Angestellten lebhaftem Widerstand wegen der nach Ansicht der Angestellten völlig unzureichenden Regelung ihres Mitbestimmungsrechtes bei Kündigungen, Ent- lassungen und Entstellungen.“

Das Schreiben schildert die Nachteile eines weiteren Umsturzversuches der Bewegung und fährt dann fort:

„Um alles zu tun, was zu einer glücklichen Lösung dieses Konfliktes führen kann, hat die Reichsregierung mich beauftragt, den Streitenden folgende Erklärung über ihre Stellung zu der strittigen Frage abzugeben.“

Die Stellung der Regierung zu der Forderung der An- gestellten nach Mitwirkung bei der Einstellung und Entlassung von Angestellten wird schon beantwortet durch den vor einigen Tagen veröffentlichten § 84 der Verfassung. Dieser Paragraph, der die Verankerung der Miteinwirkung in der Ver- fassung zum Zweck hat, erkennt den Arbeitern und An- gestellten die gleichberechtigte Mitwirkung bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses zu. Darunter muß in erster Linie ver- standen werden die Mitwirkung bei der Regelung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse, bei der Einstellung und Entlassung. Das im Reichsarbeitsministerium in Vorbereitung befindliche Arbeitsrecht wird diesen in dem Verfassungsparagraphen enthaltenen Gedanken festlegen.

Es wird bestimmen, daß Kündigungen und Entlassungen nur nach vorheriger Zustimmung des Angestellten- ausschusses oder bei Nichtbestimmung des Schlichtungsausschusses vorgenommen werden dürfen. Bei Neueinstellungen von Personal soll dem Ausschuss das Recht des Einspruchs zustehen, über den, im Falle eine Verständigung nicht zustande kommt, der Schlichtungsausschuß entscheidet. Dennoch wird in kürzester Zeit das Mitbestimmungsrecht der Angestellten im Arbeitsverhältnis so geregelt werden, wie es den berechtigten Forderungen der Angestellten und den Interessen der Allgemeinheit entspricht. Die Regierung ist entschlossen, sich für die Durchsetzung dieser Grundzüge mit allen Mitteln einzusetzen.

Der Brief ist mit dem Bleistift des Reichspräsidenten besiegelt und von Direktor Krüger unterzeichnet.

So im April. War die Jurage des Reichspräsidenten auch schon damals dürftig genug, so ist doch mit dem Ver- tragsabstimmung nicht einmal ein Schimmer davon eingeta- schen worden. Sollte kann die „Post“, das Blatt der Schwer- industrie, mit Vergnügen volle Übereinstimmung zwischen ihrem Anhang und dem Reichspräsidenten fest- stellen.

Die erlassenen Sünden.

Das „Berliner Tageblatt“ auf dem Kriegspfade.

Das „Berliner Tageblatt“ überhäufet uns wegen un- sere geistigen Kritik an den andalusischen Ausführungen seines Mitarbeiters Hans Vork mit einer Flut wüster Schimpereien. Wir haben nichts anderes erwartet, denn es ist die übliche Methode des Possedebates, sich mit doll- lichen Segnern nicht sachlich auseinanderzusetzen, sondern die Schwäche seiner Position durch Verunglimpfungen und Verleumdungen zu bannieren.

Für Seine Majestät bemerken wir, daß es dem „Berliner Tageblatt“ nicht gelungen ist, unsere Feststellung zu ent- kräften, daß es sich neuerdings zum Sprachrohr russischer Konterrevolutionäre und ihrer ententistischen Freunde ge- macht hat. Daß Herr Vork bei der Redaktion des „B. T.“ erklärt hat, er habe eine militärische Intervention in Rus- land keineswegs für wünschenswert, ist vollkommen gleich- gültig. Worauf es ankommt ist die Tatsache, daß er in den Spalten des „Berliner Tageblattes“ nicht nur die An- schuldigungen des Obristenführers Gurtschlow propagieren konnte, sondern auch in seinem letzten Artikel die von ver- schiedener Seite geforderten Verhandlungen mit der Sowjetregierung als eine „gefährliche Abkehr von den Notwendigkeiten einer realen Politik“ bezeichnete. Der redaktionelle Vorbehalt des „Berliner Tageblattes“, daß Deutschland, solange es nicht angegriffen werde, natürlich nicht davon denken könne, an irgend welchen ge- walttätigen Lösungen der russischen Frage teilzunehmen, be- deutete natürlich nicht, daß es diese gewalttätigen Lösungen überhaupt ablehne. Wir waren deshalb durchaus be- rechtigt, unsere Kritik der vorstehenden Anschuldigungen auch auf das „Berliner Tageblatt“ auszudehnen und festzustellen, daß dieses angeblich pazifistische Blatt auf dem Niveau der alldeutschen und ententistischen Gewaltpolitik angelangt ist.

Nun erklärt das „Berliner Tageblatt“ nochmals, daß es jede Beteiligung an irgend welcher Gewaltpolitik Rus- lands gegenüber absolut ablehne und „einen Wandel der russischen Dinge nur von einer wirtschaftlichen Neu- ererschließung Russlands“ erwarte. Auch von dieser Erklärung gilt dasselbe wie von dem ersten redaktionellen Vorbehalt des „B. T.“. Sie lehnt jede Beteiligung Deutschlands an einer Interventionspolitik in Russland ab, stellt sich aber zu- gleich auf den Boden der „wirtschaftlichen Neu- erschließung Russlands“, d. h. auf denselben Boden, auf dem die englischen und französischen Imperialisten stehen und den die russischen Konterrevolutionäre, die in Berlin ihr Unwesen treiben, den deutschen Industrie- und Bankkreisen zu suggerieren suchen, um ihre Unterstützung für die Interventionspolitik in Russland zu gewinnen.

Das „Berliner Tageblatt“ ist sehr unvorsichtig ge- wesen, indem es seinen ersten Vorbehalt durch den er- wähnten Nachtrag erweiterte. Denn es hat damit selbst die Voraussetzung aufgedeckt, daß die Propaganda der Entschlo- ssenen im „Berliner Tageblatt“ keineswegs so harm- loser Natur ist, wie das Blatt jetzt glauben machen will. Wir begreifen vollkommen die Lust des Blattes über unsere Kritik. Wir werden uns aber durch seine Schimpf-ereien nicht abhalten lassen, auch weiterhin die Fäden auf- zudecken, die zwischen den Comis voyageurs der rus- sischen Konterrevolution und den deutschen Handels- und Industriekreisen laufen.

Zum Schluß noch eine Bemerkung in eigener Sache: Das „Berliner Tageblatt“ liegt, wenn es erklärt, in un- serem Antriebe herab nicht der Wirkliche von jeder über- zeugte radikale Pazifist, sondern der ehemalige Kriegs- triebler, Militarist und Chauvinist, der erst nach dem Zu- sammenbruch des deutschen Militarismus hurtig zu den Pazifisten überlief. Gegenüber dieser Verleumdung er- klären wir, daß unserer Redaktion nur Personen ange- hören, die seit mehr als einem Jahrzehnt in den Reihen der Partei stehen und die von Beginn des Krieges an zu den entschiedensten Gegnern und Bekämpfern der Kriegs- politik gehörten.

Das Ausland und die deutsche Wehrmacht.

Die englischen Zeitungen enthalten am 2. d. M. überein- stimmende Angaben über Deutschlands Wehrmacht, die aus amtlicher Quelle stammen. In ihnen heißt es, daß die Reichswehr 400 000, die Landstreitkräfte der Marine 12 000, die Heereswilt- gen 160 000—200 000, die Einwohnervahren 800 000—400 000 und die Verbände der Eisenbahnwehr 40 000—50 000 Mann stark sein, daß also die gesamte Landmacht Deutschlands zur Zeit 1 002 000 Mann umfasse. Diese Zahlen werden ergänzt durch Mitteilungen über die Bewaffnung der einzelnen Kai- tergattungen, so wird z. B. gesagt, daß die Sicherheitspolizei mit Hau- sätzen, Kanonen, Minenwerfern, Maschinengewehren und Flug- zeugen ausgerüstet sei. Das alles wird dem Friedensvertrag gegenübergestellt, der fordert, daß das reguläre Heer Deutsch- lands auf 100 000 Mann herabgesetzt werden soll und die Stärke der Gendarmerie, Polizei, usw. Truppen nicht die Stärke, die diese Truppengattungen im Jahre 1918 hatten, übersteigen darf.

Die „Frankfurter Zeitung“ meint bezug: Der Sinn der Be- schließung, die die englische Regierung für angeeignet erachtet hat, ist natürlich klar; das englische Volk und überhaupt die ausläubische Welt sollen gegen Deutschland aufgehetzt werden. Man will Deutschland als den ewigen Ruhestörer hinstellen, der auch jetzt heimlich rüste, obwohl es ihm der Frie- densvertrag verbietet. Was die englische Presse anderricht, so hat die Beröfentlichung ihren Zweck erreicht: Selbst liberale Blätter, die in den letzten Monaten ein einigermaßen objek- tives Denken schundel hatten, behaupten, daß diese Entschlüsse geizig, wie wenig man sich auch noch heute auf Deutschland verlassen könne. Wenn die „Frankfurter Zeitung“ weiter sagt, daß die ganze Sache natürlich höchst bedauerlich sei, weil sie unserem Namen in der Welt ganz ungemein schade, so können wir ihr darin vollkommen zustimmen. Doch meinen wir, daß die Schuld hieron nicht die Engländer tragen, die noch richtigen Sünden haben, sondern die deutsche Re-

gierung, die durch ihre Handlungen erst dieses Mißtrauen her- vorgehen hat.

Und was würde erst die Öffentlichkeit in den Ententstaaten sagen, wenn sie einen Einblick darin hätte, wo die über das en- tendische Maß hinausgehenden Waffen und Munition überall ver- steckt werden, ganz besonders von den Ententmächten?

Bericht der Valutakommission.

Die ständige Valutakommission trat gestern unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers zu einer Besprechung zusammen, in der insbesondere die Frage, in welcher Weise der weiteren Steigerung der schwebenden Schulden begegnet werden kann und die Frage der Er- langung von langfristigen In- und Auslandskre- diten erörtert wurde. Nach Entgegennahme von Berich- ten der ständigen Referenten des Reichsfinanzmini- sters und nach einer eingehenden Generaldebatte wurden die einzelnen Angelegenheiten zur näheren Beratung und Beschlußfassung den Unterkommissionen I und II über- wiesen. Die Unterkommission III beschäftigte sich in einer gestern und heute abgehaltenen Sitzung mit den Fragen über den Ein- und Ausfuhrhandel, sowie mit der Preisgestaltung im Innern und in Verbindung damit mit der Entwicklung der Valuta. Sie hat Zeitfragen aufge- stellt, aus denen wir hervorheben:

1. Die Valutakommission spricht sich für die Einschränkung der Einfuhr von Lebensmitteln aus, sowie dafür, die Einfuhr von Lebensmittel-Fertigfabrikaten, wie Schmalz, Speck und Fleisch, durch eine solche von landwirtschaftlichen Rohstof- fen, insbesondere Futtermitteln und Getreide zu ersetzen.
2. Die Kommission ist der Ansicht, daß alle Luxus- importe zu verhindern sind, z. B. Wein und Kaffee.
3. Die Kommission ist der Auffassung, daß an den bestehenden Einfuhrverboten für alle Halb- und Fertigfabrikate festgehalten werden muß.
4. Die Kommission ist nach den Erfahrungen der letzten Monate der Ansicht, daß eine weitere Freigabe von Textil- Rohstoffen für die Entwicklung des Marktes von verber- licher Wirkung sein muß, da bei der steigenden Preisniveau im Innern und bei der zu erwartenden weiteren Erhöhung des Preisniveaus Industrie und Handel angesichts der sicheren Aus- sicht die Waren später mit Gewinn im Inlande zu verkaufen, über ihren Bedarf und vielleicht auch über die angebotene Ab- schließungsverhältnisse gegebene Vorarbeitungsbedürfnisse hinaus Waren kaufen werden. Die Kommission empfiehlt daher, die Wie- dereinführung eines Einfuhrverbotes auch für Textilrohstoffe vor- zunehmen.

Die Kommission erkennt die Schwierigkeiten der Durchfüh- rung einer Kontrolle der Wiedereinfuhr an. Sie glaubt, daß die Regelung in der Praxis zweckmäßigerweise Organisatio- nen des Handels und der Industrie unter der Einflußnahme der Regierung überlassen bleiben müßte. Sie befürwortet die Aus- schließung einer strengen Durchführung der bestehenden Ein- fuhrverbote, um hierdurch Industrie und Handel zur Bildung des notwendigen Organisations zu veranlassen.

5. Die Kommission billigt den Gedanken, daß zum Zweck der Verbilligung einer Verschleuderung deutschen Nationalver- mögens bei der Bewilligung von Ausfuhranträgen grundsätzlich eine Preisprüfung vorgenommen werden soll, und daß ferner, soweit die Verhältnisse es zulassen, an die Erteilung der Ausfuhrerlaubnisse die Bedingung der Währung von Devisen geknüpft werden soll.

6. Das einzige durchgreifende Mittel, auf die Dauer zu einer Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und der Valuta zu gelangen, liegt in der Förderung der inländischen Pro- duktion, die in erster Linie nur durch eine gesteigerte Arbeit des ganzen Volkes erreicht werden kann. Es muß nicht nur überhaupt mehr gearbeitet werden, sondern auch mehr als in den Ländern, die den Krieg gewonnen haben. Eine derartigste Arbeit wirkt um so unheilvoller, als die Leistungsfähigkeit starke Einbuße erlitten hat.

7. Die Kommission erachtet die Regierung, sofort die Initiativen zu ergreifen, um durch die Presse und alle Verufenen, insbeson- dere die Arbeiterführer, eine dahingehende sachliche allgemein- verständliche Aufklärung in jede Arbeitstätte zu tragen.

8. Der zur Zeit vorhandene erschöpfende Rückgang der inländischen und generellen Produktion beruht wesentlich auf den mangelnden Rohstoffversorgung und der durch die Transportverhältnisse bedingten ungleichmäßigen Verteilung der Rohstoffe.

Die Beschaffung von geeigneten Wohngelegen- heiten für die Arbeiter ist zum Zweck der Erhöhung der Produktionskraft zu beschleunigen. Es ist zu prüfen, ob nicht durch Ausschüttung neuer Lager eine Ausdehnung der Frauen- beschäftigung erzielt werden kann.

Die Frage der Förderung des Kali-Bergbaues wird unter den gleichen Gesichtspunkten, wie für die Kohle be- trachtet, zu prüfen sein. Die Wirtschaftskammer hat zum Zweck der Erhöhung der Produktion der Erzeugung von Kohle und Treiböl ein mit allen Mitteln zu fördern, insbeson- dere durch den Ausbau von Wasserkräften und Hochspan- nungsleitungen.

9. Die Kommission empfiehlt für alle Gebiete der Wirt- schaft, insbesondere hinsichtlich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine Prüfung der Frage, inwieweit die bestehende Erzeugnisse Preise im richtigen Verhältnis zueinander stehen und einen ange- messenen Ertrag für die Ankosten der Produktion enthalten. Die Kommission ist der Auffassung, daß jedenfalls der Inkrafttreten des Lieferprämienystems die Preise für Brotgetreide we- sentlich zu niedrig waren. Sie nimmt davon Kenntnis, daß mit dem Lieferprämienystem zwecks Ausgleich der landwirt- schaftlichen Preise an die Preise der Industrie der Anfang eines Preisrückgangs der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gemacht ist. Die Kommission regt an, die nächst- jährigen Erzeugerpreise schon im nächsten Monat bekanntzugeben, damit sie der Landwirtschaft vor Junggriffnahme des Frühjahr- anbaues bekannt sind.

Die Kommission lehnt die vielfach erhobene Forderung der Anhebung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise ab, da die Durchführung dieser Forderung eine Schraube ohne Ende bedeuten und zur Katastrophe führen muß. Die Kommission sieht eine strenge Grenzkontrolle als Voraussetzung einer Differenzierung zwischen Inlands- und Auslandpreisen an.

Diese Zeitfragen wurden mit allen gegen eine Stimme (Aus- nahme) von der Hauptkommission angenommen.

Ueber diese Zeitfragen wird noch mancherlei zu sagen sein. Für heute wollen wir uns damit begnügen, die Ar- beiterführer darauf aufmerksam zu machen, daß die Valuta- kommission der Meinung ist, daß die Lieferungsprämien nur den An so n g einer Preissteigerung der landwirtschaft- lichen Erzeugnisse bedeuten. Von einer Erhöhung der Löhne der Arbeiterschaft ist keine Rede, sie soll nur mehr arbeiten als in den Ländern, die den Krieg gewonnen haben!

Aufhebung des Besatzungsstandes in Annäherung. Der namische Minister hat in seiner schon Eignung, den Besatzungsstand im alten Königreich mit Ausnahme der Besatzung aufzuheben; gleichzeitig soll auch die Grenz- konvention einseitig werden.

Der Streit der Eisenbahner.

Die Regierung ist ruhig!

Die Bewegung der Eisenbahner greift immer weiter um sich. Aus dem Westen des Reichs kommen die beunruhigendsten Nachrichten. In Frankfurt a. M., in Mitteldeutschland, in Schlesien, überall verlangen die Eisenbahner stänlich nach Aufbesserung ihrer Löhneverhältnisse; die Regierung jedoch erklärt, daß sie diese Dinge mit Ruhe und Gelassenheit ansieht. Als die Agrarier in den vergangenen Monaten die Erhöhung der Preise für ihre Produkte verlangten, durfte die Regierung es nicht wie jetzt bei den Eisenbahnern wagen, ihnen die falsche Schulter zu zeigen.

Die Regierung läßt es aber nicht dabei bewenden, ihre Ruhe zu wahren und die Eisenbahner zu verdrängen, sie wagt es, die Eisenbahner in sinnloser Weise zu beschimpfen und die übrige Arbeiterklasse gegen sie aufzuheizen. Am Freitag ließ sie erklären, daß sich der Streik der Eisenbahner nicht gegen das Kapital richte, sondern gegen ein Unternehmen, das der Volksgemeinschaft gehöre. Die Regierung erklärt weiter, daß der Streik der Eisenbahner sich gegen die Arbeiter in den Fabriken richte, die dadurch um ihr tägliches Brot gebracht würden. Sie will den Eisenbahner mit dieser beschämenden Unterstellung das Recht nehmen, für die Verbesserung ihrer Lebenslage zu kämpfen, sie glaubt durch die Aufhebung der übrigen Arbeiterkraft dem Koalitionsrecht der Eisenbahner den Lebenshauch verleiern zu können. Die Regierung behauptet weiter, daß es sich um einen wilden Streik handle. Bis hier hat aber schon in Frankfurt a. M. die dortige Arbeiterbewegung des Eisenbahnerverbandes die Bewegung geleitet, und zu allen Lieberhufen haben Donnerstag Abend die drei Eisenbahnerverbände, der Deutsche Eisenbahnerverband, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und der Allgemeine Eisenbahnerverband beschlossen, Freitag früh die Streikleitung in die Hand zu nehmen. Die Kundrede vom wilden Streik gebraucht also die Regierung zu Verwehrl.

Die bürgerliche Presse, inspiriert durch die Organe der Regierung, nimmt die Eisenbahnerbewegung zum Anlaß, um von neuen Umsturzplänen der Unabhängigen und der Kommunisten zu reden. Am Donnerstag Abend hat das „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß jetzt die neue Revolution beginnen soll. Am Freitag Abend wird diese Parole von der übrigen bürgerlichen Presse aufgenommen und der Beginn einer neuen Strafprobe angefündigt. Unterhände in der Beurteilung der Situation bestehen insofern noch, als man sich noch nicht darüber einig ist, ob die Bewegung nur eine neue Streikwelle zur Erhöhung der Löhne darstellt, oder ob sie in der Errichtung einer Arbeiterrepublik nach russischem Muster ausmünden soll. Die „Deutsche Tageszeitung“ fragt bereits an, wie sich die Regierung der drohenden Feuersbrunst gegenüber als Feuerwehr betätigen werde. Wir dürfen dem Blatte verzeihen, daß die Regierung über alle Umsturzpläne für jetzt und für die Zukunft emstetridet ist. Ihre Spitzel sind in unermüdlicher Tätigkeit, ihre Agenten sind auf alle Möglichkeiten eingerichtet. Welcher Art die Informationen sind, deren sich die Regierung bedient, geht aus folgendem Bericht hervor, den Anfang Dezember ein Spitzel an Herrn Görting in Breslau, damals noch Reichs- und Staatskommissar für Schlesien, gerichtet hat:

Am 6. 12. war ich wieder zu einer Besprechung und habe folgendes festgestellt:

Der Anfang des Umsturzes soll nun wieder in Berlin stattfinden. Am Montag (3. 12.) findet in Berlin eine Besprechung von sämtlichen Vertretern von Deutschland statt. Auch soll dabei die U. S. P. sein. Soweit ich feststellen konnte, ist die U. S. P. (Kampfgeneration) für Berlin vollständig festgelegt und es sollen ihr 30 Millionen Mark, die größten Teile aus Frankreich stammen, zur Verfügung stehen. Auch im Rheinland ist die U. S. P. fertig, und diese ist in eingestellt, daß sie nicht mehr als 10 Mann können. Dieses System soll nun hier auch eingeführt werden. Hier stehen der U. S. P. nur 4000 Gewehre zur Verfügung, und da diese auch nicht aufgestellt sind, ist ein gewisser Teil von Berlin eingetroffen, damit die Sache mit Sicherheit betrieben wird. Tymoff ist vor einiger Zeit aus der Schweiz entlassen worden und will schon 3 Offiziere hien, Offizierskandidaten in Benthin für die Sache gewonnen haben. Gegen diese Mitarbeiter legte ich Bedenken ein und es werden mir diese in Königsbrunn (den Ort habe ich mir gewählt) vorgestellt werden. Bei dieser Gelegenheit wurde mir auch verraten, daß ein Polizeichef und ein Schreiber im Ministerium sitzen und uns die Geheimbefehle von der Militärbehörde zukommen lassen werden. Auch ist ein Mitglied bei einem höheren Offizier Burche und so wissen sie, was in Berlin geschehen wird. Hieraus erklärte ich, daß ich mich von der Justiz weggeben habe und es nicht aufgeschoben ist, nach Berlin zu kommen, da ich hier zu Hause bin. Neben diese Mitteilung war man nicht sehr erbaud, denn man will mich hier behalten, da ich notwendiger in Oberkasselen ist; als in Berlin. In dieser Sache soll ich nach dem Verdictkriter vorgeführt werden und mit ihm die Lage Oberkasselen besprechen. Es werden wahrscheinlich zu diesem Zweck noch mehrere Führer von Berlin hier einreisen, damit die Sache bald fertiggestellt werden kann. Die letzte Lage soll kurzweilig sein, und wenn Deperrele anfangt, schließt sich Deutschland an. Ich halte die Lage wohl für ernst, aber noch nicht für gefährlich. Fleischer findet die Regierung ruhe, die nicht nur für Geld, sondern für die Allgemeinheit arbeiten, und so dürfte es nicht schwer fallen, die Sache im Ministerium zu ermitteln.

Die Öffentlichkeit wird uns dankbar dafür sein, daß sie ebenso wie die Regierung aus dem Bericht dieses Spitzels erfährt, was sich in Deutschland vorbereitet.

In diesem Zusammenhang auch bemerkt werden, daß die bürgerliche Presse sich zwar des Wagens und Dreiecks mit der neuen Revolution beschäftigt, daß sie dagegen dem von uns veröffentlichten Dokument der industriellen Unruhen obmer, die ihrerseits einen Generalstreik vorbereiten, entweder eine harmlose Deutung geben, oder es vollständig ignorieren. Am schmerzhaftesten benimmt sich wiederum der „Berliner Tageblatt“, der sich zwar ausführlich

über die „Generalstreikpropaganda“ der Unabhängigen und Kommunisten äußert, dagegen kein Wort zu der Generalstreikabsicht der Unternehmer sagt. Wie die Rechtssozialisten in der Regierung alle Forderungen der Agrarier bewilligen und damit die neue Verteuerung mitherbeführt haben, so ist der „Bormärts“ wohl der Ansicht, daß auch die industriellen Unternehmer das Recht haben, einen Generalstreik ihrer Betriebe zu organisieren, um ihre arbeiterfeindlichen Absichten durchzuführen. Den Arbeitern dagegen will das Blatt das Recht nehmen, in eine Bewegung zur Abwehr der auf sie einströmenden neuen Verteuerungen einzutreten!

Der Stand des Streiks im Westen.

Der Streik der Eisenbahner hat sich weiter ausgedehnt. Duisburg nimmt keine Bäume mehr an. D-Bäume müssen in Speidorf umgeleitet werden. In Oberfeld, Kupferdeich und Reitzwig hat der Streik begonnen. In Dortmund (Hauptbahnhof) wird der Verkehr nur noch notdürftig aufrechterhalten. In Hagen beschloß eine Massenversammlung der Eisenbahner die völlige Arbeitseinstellung. Die Eisenbahnbeamten erklärten sich mit den Arbeitern solidarisch und lehnten andere als Koalitionsarbeiten, die in der Behandlung von Vieh-, Milch-, Kartoffel- und Brotfruchtbeständen, ab. Die Arbeiterschaft beschloß nur Sicherheitsmaßnahmen.

Auch im Blnar Eisenbahndirektionsbezirk wird gestreikt. Vom Kölner Hauptbahnhof gehen Bäume nach keiner Richtung ab.

Mit der Centralstreikleitung in Erfeld wurde heute eine Vereinbarung dahin erzielt, daß die Kohlenzufuhr für die hiesigen Industriebetriebe in Düsseldorf nach Möglichkeit aufrechterhalten werden soll. Lebensmittel werden befördert. Ein Schnellzugpaar Köln-Berlin über Düsseldorf ist genehmigt, jedoch ein Ein- und Aussteigen in Düsseldorf nicht gestattet. Die Streiklage ist im übrigen in Düsseldorf unverändert.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Die Unmachstellung des Unternehmertums im Produktionsprozeß soll neu befestigt werden.

Das ist der Sinn des Betriebsrätegesetzes.

Es bedeutet eine Herausforderung aller arbeitenden Schichten.

Beantwortet diese Herausforderung durch massenhafte Besuch der am Sonntag stattfindenden

Protestversammlungen gegen das Betriebsrätegesetz.

Gegen den Wucher mit Wolle.

In der Nationalversammlung hat Genosse Hente folgende kleine Anfrage gestellt: Wiege als bei andern für den Handel freigegebenen Waren haben sich die Preise für Wolle in aufsteigender Linie bewegt. Spitzelt sich diese Preisbewegung schon während des Krieges in einer mehrfachen Erhöhung der Höchstpreise, so schlug sie nach Ausrufung der Reichsregierung und der in Betracht kommenden Höchstpreis-Bekanntmachung ein fürchterliches Tempo an.

Während durch diese Preissteigerung es unmöglich wird, daß die breiten Massen der Arbeiterbevölkerung sich Heiden können, macht eine Anzahl von Schiebern in Wollland die profitabelsten Geschäfte nicht zum wenigsten dadurch, daß erhebliche Quantitäten von Wolle ins Ausland veräußert werden.

Jede Möglichkeit, mittels der während des Krieges bedeutend gestiegenen Nachfrage unter Zuhilfenahme von Ersatzstoffen den Inlandsbedarf wenigstens annähernd zu decken, wird so gefährdet. Eine Katastrophe droht als Folge, wenn es nicht gelingt, dieser verderblichen Entwicklung Einhalt zu tun.

Und der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt? Was gebietet sie dagegen zu tun?

Die volle Schuld für die vom Genossen Hente mitgeteilten Zustände trägt das Reichswirtschaftsministerium, das die Dinge laufen läßt, wie sie wollen und durch schrittweise Aufhebung der Zwangswirtschaft für weitere kapitalistische Wuchergebiete sorgt.

Kongreß sozialistischer und kommunistischer Studenten.

Man schreibt uns:

Vom 22. bis 23. Dezember taget in Genf ein Kongreß der sozialistischen und kommunistischen Studenten der verschiedenen Länder befaßt war. Zwar hatte es an den üblichen Vorkämpfern nicht gefehlt: Jochen (1), Skandinavien und Portugal, G. Blöden bedrohen ganz, andere Länder wenigstens zum Teil unterzogen. Trotzdem fanden sich Delegierte zusammen aus England, Frankreich, Holland, Belgien, Deutschland, der Schweiz, Jugoslawien, Desterreich und Amerika. Die „Clarie“ hatte an Stelle des erkrankten Herrn Vorbesitz den Genossen Garnier geschickt. Außerdem gab ein Vortrag des bekannten russischen Kolonialbiographen Strouff und die soziale und anpruchsvolle Arbeit Humbert Drog, des Herausgebers der Schweizer Zeitschrift „Le Réveil“, der Tagung ein charakteristisches Gespräch.

Die kommunistischen Vertreter des Kongresses schlossen sich nach einem unruhigen und unbilligsten Schweigen in dem von ihnen theoretisch selbst bekämpften Parlamentarismus zu einer revolutionär-wissenschaftlichen Organisation zusammen, die sich als Bestandteil der kommunistischen Jugend und der dritten Internationale betrachtet. Die Arbeit mit weniger differenziertem politischen Leben — England, Desterreich, Amerika und einige Universitäten Deutschlands — bildeten einen internationalen Studentenbund, der intersozialistisch ist und demgemäß Mitglieder aller oder auch der kommunistischen Parteien um-

fassen soll. Seine Hauptaufgabe stellt der intersozialistische Bund in der Propagierung und dem Studium der sozialistischen Ideen innerhalb der Universitäten.

Die Vorträge der beiden Erklärungen stehen in Korrespondenz miteinander und liefern einander Material und Nachrichten. Der Vertreter der Unabhängigen sozialdemokratischen Studenten Deutschlands, Genosse Büttgen, Berlin, konnte der Forderung der Kommunisten, vor dem Eintritt der U. S. P. D. seiner in die dritte Internationale einzutreten, nicht Folge leisten. Er bezeichnete den ihm zugewandten Schritt als eine geschmacklose politische Diktanderte und als einen Tatabbruch gegenüber seinen revolutionären deutschen Parteigenossen. Da er aber, wie seine Partei, durchaus zur dritten Internationale hinneigt, wußte er als Vorkämpfer der Anhänger der dritten Internationale fast trotz, jedoch zugleich mit den Genossen aus Desterreich und vor allem mit den Engländern in nahe Fassung.

Der Ferchlanti-Prozeß in Halle.

In der Zeugenvernehmung wurden über den Demamund und über die politische Entwicklung Ferchlantis bekanntgemachte rechtssozialistische Soldatenmoral und der rechtssozialistische Landrat Adolf Thiele vernommen. Thiele behauptete Ferchlanti als politischen Rechnungsträger hinzustellen. Er behauptet, Ferchlanti habe eine gewisssinnige Rolle gespielt. Auch sei er für den Transport der Waffen ins Ausland und in den Volkspark verantwortlich. Solche Behauptungen seien nicht nötig gewesen, denn ein Gefolge durch die Reaktion habe nicht bestanden, behauptete Thiele. — Genosse Gerichtsreferent Schwarz von der Reichskommission des Soldatenrates gab an, daß Ferchlanti sehr nützlich gewesen sei und die Metrofunkompagnie allein gegründet habe. Auch habe Ferchlanti von ihm gefordert, er solle Hartung verhaften lassen, da er zu viel von ihm wisse. — Ferchlanti erklärte darauf, er habe dies infolge eines Verzeihungsbesuches, den der Spitzel Hartung ihm gegenüber unternommen habe, gefordert. — Der aus dem Ferchlanti-Prozeß bekannte Belastungszeuge Weiber behauptete, der Waffentransport nach Kammendorf in der Reichswehrzeit 1918 sei von Ferchlanti organisiert gewesen. Auch später seien noch zwei Autos mit Gewehren durch Weitzschen nach Kammendorf geschafft worden. Einige Tage später habe Ferchlanti gesagt, die Artillerie wüßte nicht über den Kauf, wir müssen die Arbeiterschaft bewachen. Auf die Frage, wann, ob denn Waffen da seien, habe Ferchlanti geantwortet, er habe noch tausend Gewehre zur Verfügung. Am nächsten Tag, am 12. Januar früh, seien dann Arbeiter aus Halle und Rietleben bewacht worden, und zwar nur solche, die das Mitgliederbuch der U. S. P. vorzeigten. Weitzberg, der mit Ferchlanti zusammen in Berlin war, habe erzählt, sie hätten in Berlin im Marzall Gäßchen, Nobel und Dorenbach gesprochen. — Genosse Winkler gab an, Ferchlanti habe öfters gesagt, offiziell sind wir Regierungstruppen, wir dürfen es nicht merken lassen, wenn wir gegen die Regierung arbeiten.

Schwer belastend folgte der Strafgefangene Sanger aus: Er habe im Auftrage der U. S. P. D. (der er früher angehört) als Kurier die Verbindung mit Nobel in Berlin aufrecht erhalten und von dort Geld holen müssen. Ferchlanti beantragte deshalb erneut die Ladung Nobels, um zu beweisen, daß er mit ihm keine Verbindung gehabt habe. — Gen. Herzfeld: Der junge Weiber hat vorhin angegeben, Sanger habe auch zur Bankübergruppung gehört. Wie persönlich scheint der junge geisteskrank. — Sanger machte dann noch ausführliche Angaben über die Bewaffnung von Arbeitern und über die Entlassung von Regierungstruppen, über Änderungen durch Sicherheitskolonnen und über die Zustände in den Sicherheitskompanien, für die er Ferchlanti verantwortlich macht. Auch habe Ferchlanti die Bestrafung des Riebeck-Bisches angeordnet und im Innenministerium mit Klink einige hundert Gewehre ins Stadthaus bringen lassen. — Den Aussagen Sangers hielt Ferchlanti entgegen, daß er zu Sanger nicht die geringsten Beziehungen unterhalten und Sanger auch niemals Aufträge zu Sanger noch Berlin oder anderen Städten gegeben habe. Wenn Sanger etwas anderes behauptet, so lasse er einen Rineid. Er habe Sanger erst im Richter-Gefängnis kennen gelernt. Im übrigen gab Genosse Ferchlanti an, daß er Waffen habe nach Kammendorf bringen lassen, um die dortigen Arbeiter zu bewaffnen. Er habe sich dazu für berechtigt gehalten, zumal es sich darum handelte, die Organisationskräfte der Revolution zu wehren.

Die Hausagrarier gegen die Höchstmieten.

Der Schäpferband für deutschen Grundbesitz hat an die Preussische Landesversammlung eine Eingabe gerichtet, in der er die schleunige Zurücknahme der „höchst verletzten“ Bestimmungen über die Höchstmieten verlangt. In diesem Umad werden die Folgen der Verordnung in den krassesten Worten gemalt. Es heißt es:

Durch solche Bergewaltung wird jede Wohnungsherstellung auf wirtschaftlicher Grundlage unterbunden. Auch im Wohnungswesen wird wie in der Landwirtschaft dadurch die Privatwirtschaft in ihren Grundfesten erschüttert und in ihrer Leistungsfähigkeit und Produktionskraft zu tief heruntergebracht, daß sie schließlich überhaupt unfähig wird, ihrer Aufgabe zu genügen. Eine Gesundung des Wohnungswesens wird so überhaupt unmöglich. Die aller schlimmsten Verhältnisse im Wohnungswesen werden sich entwickeln. Die Wohnungswesen in der krassesten Form wird verallgemeinert und betagt werden. Gerade den wohnungsbedürftigen Massen wird ein Schaden zugefügt, der nie wieder gutgemacht werden kann. Das Ende muß der vollständige Zusammenbruch, muß eine wahre Katastrophe des Wohnungswesens sein.

Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß durch die Höchstmieten-Verordnung erst der Anfang zu einer Gesundung in den Wohnungsbeziehungen gemacht worden ist, der weitere Daten unbedingt folgen müssen.

Institut zur Bekämpfung der Tuberkulose. Die preussische Staatsregierung hat dem außerordentlichen Professor an der Berliner Universität Dr. Friedrich Franz Friedmann das Garnisonlazarett I Berlin, Schornhorststraße, als Institut zur Bekämpfung der Tuberkulose zur Verfügung gestellt. In diesem Institut wird Professor Friedmann die bereits angekündigten Vorlesungen für Ärzte und Studierende abhalten, sowie persönlich die Leitung der Krankenbehandlung übernehmen.

Für Haus und Familie

ist die „Freie Welt“ die beste illustrierte Wochenschrift.

Jede Woche ein Heft 30 Pfennig

Frei ins Haus durch jeden Spediteur.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wislapp, Redakteur, Verlagsgesellschaft „Freie Welt“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck bei Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schillingenstraße 11

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz,
7 Uhr: Paul Langer und
Tora Parberg.

Opernhaus
Neueinstudierung
Ander Abonnement:
7 Uhr: Madame Butterfly

Schauspielhaus
6 Uhr:
Wilhelm Tell.

Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Und Pippa tanzt.

Kammerspiele
7 Uhr: Advent
Großes Schauspielhaus

Karlstraße
7 1/2 Uhr: Orestis
(ander Abonnement)

Direktion
Gart Reinhard - Red. Bernauer
Theater 1. d.
Königsgrüner Straße

13 U: Schloß Wetterstein
Sonntag nachm.: Erdgeist
Abend: Sittman & Gesellschaft
Mittw: Schloß Wetterstein

Romödienhaus
"Sie"
Sonntag nachm.: Liselott
Berliner Theater

7.15 Uhr: **Bummel-
Studenten**

mit d. neuen Operettenparodie
Stg. Num.: Zuzus, da sieh' lauzis.

Lessing - Theater
Direktion: Viktor Barowsky
7 1/2 Uhr: Pygmalion
Stg. 7: Hölle, Weg, Erde.

Residenz - Theater
Nachm. 4 Uhr kleine Preise:
Max und Moritz
Täglich 7 1/2 Uhr:

Evchen Humbrecht
Sonntag 4 U: Der gute Rat
Mittwoch 4 Uhr: Rotkeppchen.

Trion - Theater
Nachm. 4 Uhr kleine Preise:
Hänsel und Gretel.
Täglich 7 1/2 Uhr:

MASKERADE
Sonntag nachm. 4 Uhr, kl. Preise:
Johannissener
Mittw. 4 Uhr: Max und Moritz

Casino - Theater
Lothringer Str. 17, Tägl. 7 1/2 Uhr
Der Schläger der Spitzst.

Schniepels Lene
Berliner Volksstück in 3 Akt.
Vorher erste Spezialitäten

Neues Operettenhaus
Direktor: Jean Kren
Abendstück 7 Uhr 30 Min.:

**Die kleine
Hoheit**

Rose - Theater
7 1/2 Uhr: 1001 Nacht
7 1/2 Uhr:

Die im Schatten leben

Waihall - Theater
7 1/2 Uhr:
Die Csardasfürstin.

Wintergarten.
täglich 7 1/2 Uhr
Varietévorstellung
Manches gestattet.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218.
Abendstück 7 1/2 u. 7 1/2
Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2
Unübertreffliches
Variété-Programm!

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 1484.
Tägl. 7 1/2 und Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger

9 ehem. Mitgl. des
Kottbuser Sängers.
Billets - Samml.
Vorv. 11-14 u. 4-6 Uhr

Circus Busch
7. Gr. Circus-Progr. I
s. Burgos - Co.
Resna u. Ass.
2 Lampions. O'Leary.
9 Uhr: "Aphrodite"

Modernes
Speisezimmer!
HILBIG, Palisadenstr. 27,
vorm parterre.

ohne Berufs-
störung bei
chronischen
Geschlechts-
krankh. u. Frauen-
leiden. Elektro-
therapie.
Kostenlos Arzt Rat.
auch schriftl. An-
künd. Sprechst.
Sonntags v. 11-1
Vatura-Institut, Götterplatz 3
direkt am Halleschen Tor.

Am Sonntag, 12. Januar, 7.15 Uhr:
Zum **500. Male:**
**Bummel-
Studenten**
mit der neuen
Operettenparodie
im Berliner Theater.

**Karneval- und
Verlosungsartikel**
Pohl & Weber Nachfl.
Berlin C 19 - Spittelmarkt 4-7 i.
Spezialhaus f. Vereinsbedarf
Verlangen Sie Preisliste Nr. 30

Platin! Linkel! Platin!
Platinzähne nicht unter 8,- Mark
Alte Gebisse, Edelmetalle
Platin - Großhandlung Witwe Emma Linke
Berlin, Blücherstr. 40, v. H. Invalidenstr. 10
vormals Robert Linke (er. 1895)

Alte Gebisse auch zer- bis 1000 M.
brochene
Platin in jeder Form und Art
130-140 M. je 100 Gramm 130 M.
jedoch nicht unter
Platinstiftzähne v. 8-50 M.
(jedoch nicht unter 8 M. per Zahn)
Gold, Silber, Münzen, Geräte, Schmuckstücken u. Juwelen
kauft zu konkurrenzlosen Preisen.
J. Herz, Fehrbelliner Str. 52
Vorderhaus links parterre.

Spezial - Behandlung
v. Geschlechts, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez. vererbte,
harnröhrl. Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren,
Uria- und Blatuntersuchung, Licht- und Pflaster-Behand-
lung, Schnell, sicher, ohne Berührung, Getreue Wartung,
Zimmer für Damen und Herren. **Aerztliche Heilanstalt**
Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntag 9-11

Alte Gebisse
Kein gewöhnlicher Platinzahn unter M. 8.-
Platin, Gramm M. 131.- (nicht bis)
Desser vererb. Zähne, Bronzenteile u. ehg. Platin-Gewicht!
Stets höchstzahlend!
Ankauf: Berlin W, Kraussstr. 56/58, Zimmer 1 (Hotel).
Täglich 10-6 Uhr. **Vogler, Berlin.**

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-,
Frauenleiden, speziell vererbte
harnröhrl. Harnleiden, Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Uria-
und Blatuntersuchung, Licht- u. Pflaster-Behandlung,
Erste und Beste Heil-Anstalt **Löser**
Dr.: Löser senior, Dr. Skottl
vor Rosenthaler Straße 69-70, 9-1, 4-8, Sonntag 10-11

Platinzähne nicht 8,00 Mk.
Alte Gebisse, Goldsachen, Silber-
sachen, Münzen in Gold und Silber

Platina kauft
Frau Knuth, Zionskirchstraße 54, vorn II
Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
C. Weissert, Invalidenstr. 147
I. Etage, Ecke Bergstr.
Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen
Kostenlose Untersuchung und Beratung über
sachgemäße Behandlung
Sprechstunden 10-12 und 4-6, Sonntags 10-12

**Elektrische
Kabel - Litzen**
Dynamo- u. Kilowattkabel
kauft höchstzahlend
Silbermann
Neue Köpenickerstr. 32
Fernsp. Alex. 2115.

Kratze
Tag und Nacht lückender,
antiseptisch wirkender Heil-
aussschlag, wird selbst in hart-
näckigen Fällen durch Krätze-
balsam beseitigt. Flasche 6 M.
Otto Keichel, Berlin 46,
Eisenbahnstr. 4.

Soziale Bühne
DONNERSTAG, 12. JANUAR 1920, im Theatersaal
der Böttow-Brauerei, Prenzlauer Allee 242
KULTURFEINDE
Soziales Drama in 4 Akten von HUGO PETERSYN
PROLOG gesprochen von ADOLF HOFFMANN
EINLASS 6 UHR
EINLASSKARTEN 2.75 MARK (einschließlich Garderobe, Billetsteuer, Theatersteuer)
NÄCHSTE VORSTELLUNGEN:
20. I. 20 Pharus-Säle, Müllerstr. 147 / 21. I. 20 Andreas - Festalle, Andreasstr. 21
22. I. 20 Stadttheater Mosbit, Alt-Mosbit 47/19 / 2. II. 20 Vergnügungspalast Groß-
Berlin, Hasenheide 13/15 / 6. II. 20 Prachtalle Alt-Berlin, Blumenstr. 30
VERKAUF FÜR ALLE VORSTELLUNGEN:
Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Lindenstraße 54-56, und dessen
Obleute / Bureau des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Ringstr. 30, und dessen
Obleute / Bureau des Verbandes der Gewerks- und Staatsarbeiter, Engelstr. 15,
und dessen Obleute / Bureau des Verbandes der Schuhmacher, Engelstr. 15, und
dessen Obleute / Bureau des Fabrikarbeiter-Verbandes, Engelstr. 15, und dessen
Obleute / Bureau des Transportarbeiter-Verbandes, Engelstr. 15, und dessen
Obleute / Bureau des Bauarbeiter-Verbandes, Engelstr. 15, und dessen Obleute
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AFA), Bells-Allersee-Straße 7-10
Max Kypka, Groliswalder Straße 9 H. / Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 5-9
A. Hoffmanns Verlag, Blumenstr. 221 / E. Hoffmann, Woldenberger Straße 8 H
und an den Abendkassen

**Nach beendeter
Inventur.**

Jacke-Anzüge, blau, mit und ohne Gurt	350.-	390.-	M.
Jacke-Anzüge, farbig, haltbare Stoffe	390.-	415.-	M.
Jacke-Anzüge, farbig, haltbare Stoffe	275.-	300.-	M.
Cutaways und Westen, meringo, l- und ll-reihig	375.-	450.-	M.
Cutaways und Westen, meringo und schwarz	42.-	60.-	M.
Hosen, vornehme Streifenmuster	270.-	400.-	M.
Ulster, neueste Formen	500.-	650.-	M.
Paletots, beste Qualitäten			

**Keine
Fittalen mehr**

BaerSohn Nur eine Verkaufsstelle

Nur Chausseestrasse 29-30 Nur

Achtung! Funktionäre der Metallindustrie Achtung!
Arbeiter-, Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse!
Montag, den 12. Januar 1920, nachmittags 6 Uhr
in der Brauerei „Pfefferberg“, Schönhauser Allee 176
Allgemeine Funktionärerversammlung
der gesamten Metallindustrie:

Untergruppe 1: Werkzeug und Werkzeugmaschinenbau.
Untergruppe 2: Allgemeiner Maschinenbau.
Untergruppe 3: Automobil-, Flugzeug-, Fahrradindustrie,
Wagen- und Waggonbau. Untergruppe 4: Mechanik,
Feinmechanik, Optik, Uhren-, Nähmaschinen-, Schreib-
maschinenindustrie. Untergruppe 5: Stromerzeugende
Elektroindustrie. Untergruppe 6: Metallwarenfabri-
kation. Untergruppe 7: Eisenkonstruktion, Bauschlosserei,
Geldschrankfabrikation, Blechemballagen. Untergruppe 8:
Rohmetallverarbeitung. Untergruppe 9: Kleinereisenzeu-
g.

Tagesordnung: Der Zusammenschluß der Metallindustrie im Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es, daß alle obengenannten Beiräte erscheinen müssen.
Arbeiter und Angestellte Es ist eure Pflicht dafür zu sorgen, daß jeder Betrieb vertreten ist.

Die Zentrale der Betriebsräte **Deutscher Metallarbeiter-Verband**
Bezirk Groß-Berlin, Ringstr. 24 III. **Ortsverwaltung Berlin.** **Der Bevollmächtigte**

**Möbel
gegen bar
und auf
Teilzahlung**
zu billigsten Preisen:
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrnzimmer
Farbige Küchens
Einzelne Möbel
Größte Rückzahlung.
Liefere auch u. auswärts.
Kontoführer u. Zahlung.

Möbel - Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Filiale: Badstr. 47-48,
5 Min. v. Bad. Gendarmen.

**Die Behncke
Kaufhaus
GROSS-MARKT**

Spezial-Arzt
Dr. med. Lommer.
Syphilis, Harn-, Frauenleiden,
Heilung schnell, sicher und
schmerzlos ohne Berührung
Künstl. Hörsensinn.
Brunnenstraße 185
9-1, 4-8, Sonntag 9-11, Eckschiffplatz

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle: Berlin N 54, Linienstr. 83/85.
Geschäftzeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1087, 9714.

Montag, den 12. Januar 1920, abends 6 Uhr,
Branchen-Versammlung
aller Schwarzblech, Eisenmöbel und
Wärbelschloßschlosser
in Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15 (Eckt. 4).

Tagesordnung:
1. Bericht der Branchenkommissionen. 2. Tätigkeitsber. 3. Bericht
der Branchenkommissionen und des Branchenvertrages.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert bei Erscheinen aller Mitglieder
die Ortsverwaltung.

**Platin
Silber
Quecksilber**
1 Kilo 70 Mk.
**Kupfer
Messing**
sämtl. Altmetalle
Zahngelbisse
kauft zu
Schmelzpreisen
in unseren
4 Elaknisstellen
„Cohn“
1) Brunnenstraße 11
(am Rosenthaler Platz)
2) Fennstr. 48
am Weddingplatz
3) Bahnhofstr. 2
Ecke Schönberg, Str.
am Anhalter Bahnhof
4) Neukölln,
Kaiser-Friedrich-
Straße 229
(Inbelfermannplatz).

Platin Mk. 132,-
pro Gramm.
alte Gebisse bis
Gold- u. Silbermünzen
kauft
E. Hausdorf, NO 11, Pall-
adenstr. 11.

Möbel
gegen baar
und auf
Teilzahlung
schon 50 Jahren
seit
Barthel
Zemdenker Straße 54

**Öffentliche
Versammlung**
gegen die
„Polizei - Zensur!“
am
Sonntag, den 11. Januar 20,
vorm. 11 Uhr, in den Räum-
lichkeiten des 1. Kom-
mandos, Ecke Bismarck-
denkmal.

Nichtamt:
Dr. Wenzel Goldberg
Die von der Regierung geplante
Zensur durch die Polizei ge-
genüber diesen beliebigen Unter-
nehmungen ist abzulehnen.
Der Einberufer:
Zentralverband der Film-
und Kino-Angehörigen
Deutschlands
Der Gewerkschaftsrat,
J. B. Ring.

Platin!
Gold!
Silber!
Brillanten!

Zahngelbisse
Alter Schmuck
Gold- u.
Silbermünzen
kauft zu ständigen
hohen Preisen
Kokoski, Berlin, 168
Humboldt 360

Zigaretten!!!
erstklassige deutsche Marken!
Goldflora, Navy Cut etc.
Billigste Tagespreise!
Winkler, Schmidstr. 30
Ecke Schützenstr. 7, Mpl. 237.

Räder Weidlich. Alle
Sorten Kfz., Lieferwagen,
Kastenwagen, Ringwagen,
Brunnenstr. 96 (Humboldt 574).

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgender Kollege
verstorben ist:
Der Dreher
Franz Baumgart
Petershagen, am 7. d. M.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. d. M.
nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Anstalts-
Kichhofes in Teupitz aus, statt.
Der Hobler
Karl Zimmermann
Bremer Straße 1, am 5. d. M.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. d. M.
nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sied-
Friedhofes in Stahnsdorf aus statt. (Behälterverkehr ab
Tiergarten 2.57, ab Charlottenburg 3.07 Uhr.)
Eure ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Stoffe
zur Damen- und
Herrenbekleidung
Feststoffe / Knöpfe
Konfektion
für Damen u. Mädchen
Maßanfertigung
C. Pelz
80 26, Kottbuser Str. 3

Metalle bedeutende
Preiserhöhung!
Platin!
Zahngelbisse,
Zahn bis 15.- Mark
Gold, Silber, Münzen
sämtl. Altmetalle
Quecksilber, Glührumpel-
sche / Stannolpapier
Tressen / Kanol / Rotgall
Messing / Zinn / Nickel
Wellmetall / Aluminium
Blei / Zink
höchstzahlend
Edelmetall- & Kauflbüro
Weberstrasse 31
(Alex. 4243)

Zahngelbisse!
Goldschmelze, Silberschmelze
Platin
Silberschmelze Silber,
Quecksilber, sämtliche
Metalle kauft höchst-
zahlend
Silberschmelze
Christmann,
Köpenicker Str. 20a
(gegenb. Mantelplatz)

**Deutscher Bau-
arbeiterverband**
Verband Berlin.

Den Mitgliedern zur
Nachricht, daß der
Kollege
Karl Fülster
(Bezirk Schöneberg)
am 4. Januar ver-
storben ist.
Eure seinem Andenken!
Die Beerdigung findet
am Sonnabend, den
10. Januar, nachmittags
3 Uhr, von der Halle
des neuen Schönberger
Friedhofes an der
Brandenburger Straße
aus statt.
Der Vorstand.

Kupfer!
Messing! Quecksilber!
sämtl. Metallabfälle
Platin!
Silber!
Zahngelbisse! kauft
höchst. Schmelzpreis!
Schmelze Baruch
nur Beusselstr. 29

Messing!
Kupfer, Quecksilber,
sämtliche Metallabfälle
so wie Platin! Gold!
Silber! Zahngelbisse!
kauft zu
höchsten Schmelzpreisen
Metallschmelze, Bolde
WEIDENWEG
am Bismarckplatz

Elektromotor
Gleichstrom 11: Dreiphasen
kauft
Ingenieurbureau Seiblich
Berlin W 9, Linkstr. 106
Tel.: Litzow 3795 und 3796

!!! Gold !!!
für jede Wertsache, Hoch-
Ankaufpreise f. Platin, Gold,
Brillanten, Goldgegenstände,
Teppiche, Bücher usw. W.
Friedrichstr. 41 III, Eckschiff-
platz
Schnellaufbohrer
laufend jeden Posten, alle
hohe Aufträge auf Ver-
langen. Friedrich Morgenstern,
Lichtenberg, Weichselstr. 10
Telephon Alex. 1260.

Der Streit der Versicherungsangestellten.

Der Streit der Versicherungsangestellten hat sich im Laufe des Freitag ausgebreitet. Rund 2000 Angestellte sind neu in den Streit getreten, so daß sich also rund 12 000 Angestellte im Streit befinden. Das genaue Gegenstück von dem, was die Unternehmer erhofften, ist demnach eingetreten.

Die Gewerkschaftsbünde stellen dem Unternehmerverband die Forderung, bis Freitag nachmittags 8 Uhr sich zu Verhandlungen bereit zu erklären, andernfalls würden auch die Mitglieder der Gewerkschaftsbünde in den Streit eintreten. Bei der Abstimmung der Gewerkschaftsbünde erklärten sich rund 90 Prozent für den Streit.

Die Besprechungen im Reichsarbeitsministerium haben am Freitag nachmittags zu einer die Sachlage klärenden Aussprache zwischen den Vertretern geführt. Die Besprechungen aber unterbrochen, damit beiden Parteien Gelegenheit gegeben ist, zu dem Ergebnis der Aussprache Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen sollen tunlichst schnell fortgesetzt werden.

Schiedspruch des Schlichtungsausschusses.

Der Bezirk Berlin des Zentralverbandes der Angestellten hatte beim Schlichtungsausschuss Groß-Berlin Klage gegen den Unternehmerverband erhoben. Eine Sitzung des Schlichtungsausschusses beschäftigte sich am Freitag mit den Streitfragen und faßte einstimmig folgenden Bescheid:

1. Dem Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungs-Unternehmungen, Sitz Berlin, wird aufgegeben, entweder selbst oder durch seine Ortsgruppe Berlin, unverzüglich, spätestens aber bis Sonnabend, den 10. Januar 1920, nachmittags 3 Uhr, in Verhandlungen über den Abschluß des Tarifvertrages und die Gewährung einer Wirtschaftsbefreiung einzutreten.

Als Grundlage für die Verhandlungen sind neben dem bisherigen Reichstarif sämtliche von den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingereichten oder noch einzureichenden Forderungen und Anträge anzulassen.

Als verhandlungsberechtigte Vertreter der Angestellten sind alle der Zentral-Arbeitsgemeinschaft gewerblicher und industrieller Arbeiter- und Arbeitnehmer-Verbände Deutschlands angeschlossenen Angestellten-Organisationen anzuzulassen, die Versicherungskassengestellte zu Mitgliedern haben.

2. Der Arbeitgeber-Verband Deutscher Versicherungs-Unternehmungen und die beteiligten Organisationen der Angestellten werden aufgefordert, am Sonnabend, den 10. 1. 20, mittags 2 Uhr, in das Reichsarbeitsministerium, Berlin, zur Eröffnung der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin, bevollmächtigte Vertreter zu entsenden.

3. Den Verbänden der im Groß-Berliner Versicherungs-Verband tätigen Angestellten wird aufgegeben, sobald die Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages begonnen haben, dafür zu wirken, daß am Montag, den 12. 1. 20, in sämtlichen Unternehmungen des Arbeitgeber-Verbandes Deutscher Versicherungs-Unternehmungen die Arbeit wieder aufgenommen wird. Sollte das Zustandekommen der Verhandlungen auf dieser Grundlage daran scheitern, daß bevollmächtigte Vertreter der Arbeitgeber nicht erscheinen oder die erscheinenden Vertreter nicht verhandeln, so ist der Schlichtungsausschuss der Auffassung, daß der aus der Fortdauer der Arbeitslosigkeit ab Montag, den 12. 1. 20, für die weitaus überwiegende Zahl der Verhandlungen streikenden Angestellten sich ergebende Lohnausfall von den Versicherungsunternehmungen zu tragen ist.

Von den Arbeitgebern war zu der Sitzung Dr. Rohrbach erschienen, während die Angestellten durch Schneider und Bierath vertreten waren.

Der Arbeitgeberverband läßt durch eine Wolff-Redlung mitteilen, daß er den Schiedspruch als eine „ungehörliche Hochbegabung“ betrachtet. Nach den in der Verordnung vom 23. Dezember 1918 enthaltenen gesetzlichen Bestimmungen könnte auch nicht der mindeste Zweifel darüber obwalten, daß der Schlichtungsausschuss sachlich unzuständig war. Gungu kommt, daß bei dem Schiedspruch entgegen den klaren gesetzlichen Bestimmungen zwei Organisationsbeamte des Zentralverbandes der Angestellten als Mitglieder des Schlichtungsausschusses mitgewirkt haben, über

deren Ablehnung wegen Befangenheit der Schlichtungsausschuss einfach hinweggegangen sei. Aus diesen Gründen hat der Arbeitgeberverband selbstverständlich abgelehnt, sich dem Schiedspruch zu unterwerfen.

Die Bewegung im Reich.

Der Streit im Versicherungsgewerbe hat sich über das ganze Reich ausgebreitet. Nach den vorliegenden Meldungen sind die Angestellten in Cassel, Danzig, Erfurt, Essen, Frankfurt a. M. und Dresden in den Ausstand getreten. Die Arbeit ruht in den genannten Städten fast vollständig. In Sachsen wird die Gesamtzahl der von dem Streit betroffenen Betriebe auf etwa 500 geschätzt. Auch in Braunschweig und Königsberg wollen sich die Versicherungsangestellten dem Streit anschließen.

Achtung! Funktionäre der Metallindustrie, Arbeiter-, Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse!

Montag, den 12. Januar 1920, nachmittags 6 Uhr, in der Brauerei „Pfefferberg“, Schönhauser Allee 176

Allgemeine Funktionärerversammlung

der gesamten Metallindustrie. Untergruppe 1: Werkzeug- und Werkzeugmaschinenbau. Untergruppe 2: Allgemeiner Maschinenbau. Untergruppe 3: Automobil-, Flugzeug-, Fahrradindustrie, Wagen- und Wagnobau. Untergruppe 4: Mechanik, Feinmechanik, Optik, Uhren-, Nähmaschinen-, Schreibmaschinenindustrie. Untergruppe 5: Stromerzeugende und Elektroindustrie. Untergruppe 6: Metallwarenherstellung. Untergruppe 7: Eisenkonstruktion, Hauschlosserei, Geldschrankfabrikation, Blechbearbeitung. Untergruppe 8: Rohmaterialverarbeitung. Untergruppe 9: Kleinindustrie.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es, daß alle oben genannten Vertretungen erscheinen müssen. Arbeiter und Angestellte! Es ist eure Pflicht dafür zu sorgen, daß jeder Betrieb vertreten ist.

Die Zentrale der Betriebsräte Bezirk Groß-Berlin, Münzstraße 24H.

Solidarität der Bankbeamten.

Der Zentralverband des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten hat in seiner gestrigen Plenarsitzung zu dem Streit im Versicherungsgewerbe Stellung genommen, und einstimmig beschlossen, den Versicherungsangestellten die Solidarität der im Verbande organisierten Bankangestellten dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß die Verbandsmitglieder gehalten sind, jegliche Arbeit zugunsten der Versicherungsangestellten zu schädigen, zu verweigern.

Der Kampf um die Angestellten-Ausschüsse.

Die Angestellten-Ausschüsse, die in den Betrieben während des Streiks verbleiben, sind den Unternehmern ein ganz besonderer Dorn im Auge. Auf alle mögliche Art und Weise versuchen die Direktoren sich dieser zu entziehen. So haben z. B. die Direktoren der Nordstern-Versicherungs-Gesellschaften in Schöneberg wegen angeblicher Arbeitsverweigerung die ständige Entlassung der Ausschussmitglieder ausgesprochen und diese des Diebstahls verdächtigt. Unter Protest und Beweisung auf die Ungültigkeit der Maßnahmen haben die Ausschussmitglieder, um sich nicht des Hausfriedensbruchs schuldig zu machen, das Geschäftsgebäude verlassen müssen. Es ist unverständlich, wie die Nordstern-Direktionen, denen doch wohl genügend juristischer Rat zur Seite stehen müßte, zu einer solchen Handlungsweise kommen. Einwandfrei steht fest, daß zu jeder Kündigung, ob befristet oder unbefristet, gemäß § 8 des noch immer verbindlichen Reichstarifvertrages die Zustimmung der Angestellten-Ausschüsse erforderlich ist.

Uebergriffe der Sicherheits Soldaten.

Auch heute leisteten sich einige Posten Uebergriffe gegen die Streikposten. Dem „Vorwärts“ ist es sehr schwer gefallen, die Uebergriffe der Schutzgarde des Berliner Polizeipräsidenten zuzugestehen. Er hat es aber nicht über das Herz bekommen, die zahlreichen Uebergriffe der „Grünen“ am gestrigen Tage keinen

Refern mitzuteilen, obwohl er von den Vorgängen genau so wie wir orientiert worden war.

Gegenüber den Behauptungen einer bürgerlichen Korrespondenz muß festgestellt werden, daß Sicherheits Soldaten in einzelnen Betrieben untergebracht sind, in der „Victoria“ überwachend die Sicherheits Soldaten.

Ausschreitungen der Streikenden. Die sehr durchsichtigen Nachrichten bürgerlicher Blätter über Ausschreitungen von Streikposten sind durchweg aus den Fingern gesogen. Das „8-Uhr-Abendblatt“ wurde auf Grund des Preßgesetzes angehalten, eine Verächtlichmachung über eine Nachricht, nach der ein Direktor verprügelt worden sei, anzunehmen.

Angestellten-Ausschüsse und Streikleitungen der Versicherungsbetriebe.

Die Zentralstreikleitung befindet sich jetzt Königstraße 40, Restaurant Müller (Schultheiß), Telefon: Amt Kurfürst 3894.

Die Streikleitungen werden ersucht, dafür zu sorgen, daß täglich, nachmittags 4 Uhr, ein Kollege zur Entgegennahme des Berichts sich einfindet. Zentralstreikleitung.

Gewerkschaftliches.

Zentralverband der Angestellten.

Die Wahlen für die Delegierten zur dritten Generalversammlung findet am Sonntag, den 11. Januar, in der Zeit von 10-3 Uhr statt. (Alles Nähere siehe Anschlagtafel).

Die zum Umschreiben dem Centralbureau eingereichten Bänder des ehemaligen Verbandes der Bureauangestellten sind alle am 8. d. Mts. ausgefertigt zum Versand gekommen bzw. sind für die Wahlweise aufgestellt worden.

Wer von den beteiligten Mitgliedern sein umgeschriebenes Band oder einen Wahlzettel nicht erhalten hat, kann denselben am Sonnabend, den 10. d. Mts., von 5-7 Uhr, außer der üblichen Bürozeit sowie am Montag von 9-12 Uhr im Bureau, Belle-Alliance-Straße 7/10, abholen.

Am den Reichstarif der Angestellten in Reichs- und Staatsministerien.

Die Angestellten in den Reichs- und Staatsministerien sind verärgert über die Behandlung, die ihnen in ihrem Tarifgehören von Vertretern der vorgesetzten Behörden zuteil wird. Ihre letzte Gehaltsfestsetzung datiert vom 9. April 1919. Der größte Teil der Angestellten befindet sich in Klasse III; sie beziehen im Durchschnitt 500 Mark Teuerungszulage. Gehaltssteigerung gibt es nicht. Es liegt auf der Hand, daß die Angestellten eine Besserung und zwar schon seit September. Er ist auch eingereicht. Die Angestellten wurden von Pomius zu Wilatus geschickt. Die einzelnen Beamten wollen für sich keinen Tarif tätigen, es soll ein Reichstarif gemacht werden. Er wird aber ständig verschleppt. Von Vertretungen werden die Angestellten nicht fort. So ist ihnen schließlich die Gehalt und sie zogen von den Beschlüssen dieser Tage nach dem Reichskanzlerhaus, um beim Kabinett selber vorzulegen zu werden. Hier empfing die Abordnung ein Geheimen Rat der Reichskanzlei, ein Herr Weber. Was Herr Weber der Deputation antwortete, war nicht viel. Er könne keine Erklärung abgeben. Die Sache müßte den geeigneten Gang nehmen. Der berühmte Instanzengang! Sie noch bearbeitet werden. Alle Einwände der Deputation, daß die Verschleppung endlich ein Ende haben müsse, prallten an dem jedes sozialen Verständnisses baren Geheimrat ab. Im Gegenteil: hingewiesen darauf, daß den Angestellten der Gehaltssachen risse und sie schließlich zur Arbeitsverweigerung gezwungen würden, prallte an dem Herrn der Reichskanzlei ab, dann würden die Angestellten eben entlassen, wenn sie Ernst machten. Die vielen Tausende, die draußen warteten, imponierten ihm gar nicht. Das sei ihm ganz gleich.

Alle Verständnislosigkeit über soziale Fragen fanden die Angestellten in der Reichskanzlei mit ihren Wünschen, die ohnehin äußerst bescheiden genannt werden müssen. Es ist ein Standal sondergleichen, wie die Angestellten in den Reichs- und Staatsministerien behandelt werden. Und dann wundern man sich noch, wenn sie auffässig werden. Ruhe und Ordnung ist die erste Bürgerpflicht und wenn du verhungerst.

78 Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia zur Mähle.

„Ich bin Motorfahrer!“ erregnete Jimmie. „Man hat mich mit Landkarten nach einer Batterie geschickt, doch glaube ich, daß sie längst erobert ist.“

„Sie sind verwundet?“

„Ganz leicht!“ erwiderte Jimmie, lächerlich entschuldigend.

„Es ist auch schon lange her.“

„Gehen Sie nur zurück. Jetzt sind wir hier. Es wird schon alles gut werden.“ Dies ward keineswegs problematisch gesagt, sondern als etwas ganz Selbstverständliches. Der Sprecher war fast noch ein Knabe, ein rosiggesichtiger Junge, mit hüßlicher, kleiner Stumpfnase, unzähligen Sommerprossen und einem großen grinenden Mund; dennoch deutete er Jimmie der Köpfe Bürsche, den er jemals gesehen hatte. „Können Sie gehen?“ fragte er.

„Freilich!“ meinte Jimmie.

„Und die Franzosen? Verstehen Sie diese verdamnte Sprache?“ Jimmie schüttelte den Kopf. Der amerikanische Soldat wandte sich an die langhaarigen Gesellen. „Seht zurück, wir brauchen Euch nicht.“ Und da sie ihn verständnislos anstarrten, „Polly wi Franny?“

„Oui, oui!“ — tiefen sie einstimmig.

„Gut, geht zurück, geht nach Haus, küssen, raufen, wir Feinde schlagen.“ Als die Polius dieses „Französisch“ nicht begriffen, half ihnen der Amerikaner aufstehen, zeigte nach hinten, klopfte ihnen auf die Schulter und grinst bis zu beiden Ohren. „Gute Jungen! Seht beim! Amerikaner! Amerikaner!“ Als wollte er sagen, in diesem Krieg hat Frankreich genug gelitten. Die Polius lächelten über den Trichter hinaus und sahen eine Saar-Modell-Soldaten heranströmen, sich hinwerfen und feuern. Mit dunklen Hundeaugen blickten sie auf den rosiggesichtigen Jungen, griffen nach Flinten und Kornisier, humpelten von dannen, Jimmie stehend, der sich lächelnd sehr schwach lächelte und lächerliche Kopfschmerzen hatte.

IX.

Jimmie hatte häufig von amerikanischen Soldaten ein Lied gehört: „Die Yankees kommen!“ Jetzt müßte es heißen: „Die Yankees sind da!“ Der ganze Wald, in dem Jimmie auf seinem Rad umhergeirrt, war voller frischer, glotzender, aufgeregter Burichen, die auf ihren ersten Zusammenstoß mit dem Sonnen brannten. Seit vier Jahren hatten sie von ihm gehört, ihn hatten gelernt, seit anderthalb Jahren bereiteten sie sich auf den Kampf mit ihm vor. Nun waren sie losgelassen und durften vorgehen. In endlosen Automobilen kamen die amerikanischen Soldaten heron, auch Marinesoldaten waren darunter, „Ledernäcken“ nannte man sie. Sie waren um vier Uhr morgens angekommen, zusammengepackt wie Sardinen, nun endlich hielten die Lastautomobile an, und die Sardinen sprangen heraus.

Erst viel später begriff Jimmie, welchem Welt drama er beigewohnt hatte. Seit vier Monaten war das Ungeheure, stetig wie ein Weltbrand, gegen Paris vorgeückt, hatte Verwüstung und Elend im Gefolge gehabt — das Ungeheure mit dem Ingenieursgehirn. Die West hatte bebend den Atem angehalten; fies Paris, so bedeutete dies das Ende des Krieges und aller Dinge, die freie Menschen werteten. Hier man hatten die Deutschen den letzten entscheidenden Sturm gewagt, die französischen Linien hatten geschwankt, nachgegeben, und im verzweifeltsten Augenblick waren die Amerikaner eingedrungen.

Der Befehl hatte gelautet: „Unter allen Umständen aufhalten!“ Doch genügte dies den Amerikanern nicht, sie gingen zum Gegenangriff über, und die Deutschen wichen zurück. Der Stolz der preussischen Armee war gebrochen worden durch diese neuen Truppen von der anderen Seite des Ozeans, die von allen Preußen verhöhnt, deren Ersitzung von ihnen abgelehnt worden war.

„Frit!“ vermochte sich nicht von diesem Schlag zu erholen; er eroberte kein Fußbreit Land mehr, wich allmählich zurück bis an den Rhein. Und dies hatten die Yankees vollbracht — die Yankees mit Jimmie Higgins Hilfe. Denn Jimmie Higgins war zuerst dort gewesen, er hatte die Befestigung gehalten, bis die Yankees kamen! hätte er nicht beim Maschinenabwehr angehalten, sich nicht im Granatrichter geduckt und von dort aus mit Blinde und

Revolver auf die anstürmenden Deutschen geschossen, hätte er sie nicht diese eine Stunde aufgehalten — sie hätten vielleicht die Position überannt, die Donkes wären zu spät gekommen, der Sieg von Chateau Thierry würde nicht durch Hunderte fortfliegen. Der ganze Weltkrieg hätte sich anders gestaltet, wäre nicht ein kleiner sozialistischer Maschinist aus Leebville, U. S. A., durch den Wald geirrt, auf der Suche nach einer märchenhaften, nicht gefundenen „Batterie Numéro Cinque“.

Hierundwanzigstes Kapitel. Jimmie Higgins sieht die Rehrseite.

Diese Ruhmes- und Triumphgeföhle kochten Jimmies Seele jedoch erst viel später; augenblicklich war er völlig erschöpft, der Kopf schmerzte ihm, sein linker Arm brannte wie Feuer. Und zu allem erregnete sich etwas derart Sellkones, daß er die ganze Schlacht vergaß. Da er mit seinem französischen Gefährten einen Wald entlang schritt, sahen sie einen Mann in französischer Uniform am Boden liegen. Er war kein Soldat, sondern ein Sanitätsmann, dies bewies die weiße Binde mit dem roten Kreuz am Arm. Er hatte einen Schuß durch die Schulter erhalten, jemand hatte die Wunde verbunden und ihn liegen lassen. Die Franzosen hoben ihn auf und stützten ihn beim Gehen. Jimmie beobachtete sie; als er des Mannes Gesicht sah, kam ihm dieses äußerst bekannt vor. Er hatte dieses Gesicht, oder ein ganz Ähnliches, bereits gesehen — in einem Augenblick bestiger Erregung. Diese halbvergessene Bewegung rührte sich in seinem Unterbewußtsein, und plötzlich brach die Erkenntnis an die Oberfläche. Konnte es sein? Der Gedanke war lächerlich! Und dennoch! Ja! Der verwundete Sanitätsmann war Darcy Bonnich!

Der junge Erbe der Empire-Maschinenfabrik hätte vielleicht den keinen sozialistischen Maschinisten nicht erkannt, doch tag in Jimmies Blügen berattigtes Stommen, daß nach Darcys Geist zu arbeiten begann. Bisweilen warf er Jimmie verstohlen einen Blick zu, und als sie die Landstraße erreichten und rasteten, um auf eine Bahnhofsstation zu warten, setzte Darcy sich neben Jimmie und sagte: „Sie sind doch der Mann, in dessen Hause ich in jener Nacht war?“

(Fortsetzung folgt.)

Rodderwirtschaft bei den Reichs- und Staatsbehörden.

Uns wird geschrieben:
Am 7. November v. J. wurde nach mehreren im Oktober stattgefundenen langwierigen Verhandlungen ein Tarifvertrag für die in den Verwaltungsbehörden des Reiches und Preussens beschäftigten Lohnempfänger abgeschlossen. War es schon eine Beschäftigung seitens der Organisation, diesen Vertrag, der den Hilfsarbeitern den Hungerlohn von 16 M. bis 17,50 M. nach dreijähriger Beschäftigungszeit täglich bringt, zuzustimmen, so findet man keinen Grund dafür, daß ein Teil der Verwaltungsstellen heute, nach zwei Monaten, den Arbeitern diesen Lohn noch immer nicht bewilligt geschweige denn den Differenzbetrag am 1. September auszahlt.

Trotzdem der Reichsminister der Finanzen am 6. Dezember Anweisung unter Nr. I M. 101 b. hg. erteilte, die nach. hgv. Auszahlung der Löhne nach dem neuen Tarif vorzubereiten und in diesem Schreiben Wert darauf gelegt wird, daß die Regelung der Lohnzahlung möglichst bis zu den Feiertagen durchgeführt ist. Alle Bemühungen der Arbeiter-Ausgleichsmittelgeber usw. zeigten keinen Erfolg und unterbreiten wir dies hiermit der Öffentlichkeit.

Forderungen der Staats- und Gemeindegewerkschafter.

Eine Generalversammlung der Berliner Staats- und Gemeindegewerkschafter besaßte sich am Donnerstag mit der Forderung einer Teuerungszulage. Palenzke führte aus, daß die tariflich festgelegten Löhne nicht mehr ausreichend seien. Die Regelung der Beamtenbesoldung habe Berücksichtigung gegeben, die Frage zur Sprache zu bringen. Der Redner kommt dann auf die Forderungen für die Landwirte zu sprechen und berichtet weiterhin über die Verhandlungen und Beschlüsse der Gewerkschaftskommission in dieser Angelegenheit. Die Gewerkschaftskommission habe beschlossen, daß die angeschlossenen Gewerkschaften verpflichtet seien, durchweg 25 M. zu fordern. Drei Tage vorher hätten aber die Staats- und Gemeindegewerkschafter beschlossen, 50 M. und für jedes Kind 12 M. pro Woche zu fordern, rückwirkend ab 1. Januar 1920. Am letzten Sonntag hätten die Gewerkschafter beschlossen, daß außer obiger Forderung noch eine einmalige Wirtschaftskrüchler von 500 und 200 M. für jedes Kind zu fordern sei. Die Forderung wäre berechnigt, aber schwer durchzusetzen. Wirtschaftskrüchler seien seit ein Jahr großer Ungerechtigkeiten und Injustiz erlitten. Die geforderte Teuerungszulage gehe außerdem über 100 Prozent über die Forderung der Gewerkschaftskommission hinaus. Er schloß mit der Teuerungszulageforderung aufrechtzuerhalten, die Forderung einer Wirtschaftskrüchler jedoch abzulehnen.

Die Versammlung schloß sich diesem Vorschlag nicht an, sondern noch längerer Aussprache wurde der Beschluß der Gewerkschafter zur Forderung erhoben.

Streik der Parfettbodenleger und Bohner.

Die Parfettbodenleger und Bohner, die fast restlos dem Deutschen Holzarbeiter-Verband angehören, verhandeln schon seit Monaten mit den Unternehmern um die Löhne von 2,25 M. auf 3,75 M. zu erhöhen und die Ferienfrage so zu vereinbaren, wie diese für die Holzindustrie für Groß-Berlin geregelt ist. Die Unternehmern haben es verstanden, die Verhandlungen bis zum Jahresabschluss hinauszuziehen.

Eine Brandversammlung beschäftigte sich am 28. Dezember v. J. mit der Verschleppungstatistik der Unternehmer und es wurde beschlossen, die Forderungen am 2. Januar 1920 erneut zu unterbreiten und bis zum 5. Januar 1920 eine Antwort zu verlangen. Das hatte zur Folge, daß die Unternehmer bereit waren, am 5. Januar zu verhandeln. Bei diesen Verhandlungen erklärten sich die Unternehmer bereit, die Forderungen von pro Stunde 1,75 M. zu bewilligen, aber die Arbeiter sollten sich verpflichten, bis zum 1. April dieses Jahres keine neuen Forderungen einzubringen. Diesen Vorschlag mühten die Arbeiter unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen abzulehnen.

Da die Unternehmer auch erklärten, lieber ihre Betriebe zu schließen, als die minimalen Forderungen den Arbeitern zu bewilligen, beschloßen die Arbeiter, die Arbeit niederzulegen und in den Branchen Arbeit zu nehmen, die dem einzelnen Kollegen zuzugute. Außerdem wurde noch beschlossen, daß wenn die Unternehmer die nächsten Tage keine annehmbaren Zugeständnisse machen die Bohner berechnigt sind, selbst Aufträge entgegenzunehmen und auszuführen.

zur „Reaktion im Reichsverwertungsamt“, über die wir in unserer gestrigen Notiznummer berichteten, wird uns von den berechtigten Angestelltenangehörigen des Reichsverwertungsamtes, geleitet von Dr. Edwin Eisenhardt, mitgeteilt, daß die Angaben zum größten Teil den Tatsachen nicht entsprechen. Es ist nicht beabsichtigt, den gesamten Angestellten des Reichsverwertungsamtes zum 31. 3. 1920 zu kündigen, weil der größte Teil der Angestellten von der zu gründenden Gesellschaft, der die jetzt vom Reichsverwertungsamt ausgeführten kaufmännischen Arbeiten obliegen werden, übernommen werden wird, und außerdem ein nicht unerheblicher Teil der Angestellten des Reichsverwertungsamtes auf Privatdienstvertrag bei Abteilung III des Reichsverwertungsamtes verbleibt. Gehündigt sind lediglich aus rein formalen Gründen die Angestellten mit den höheren Gehaltsbesüßen, die eine dreimonatige Kündigungsfrist haben, weil der Etat für das Reichsverwertungsamt nur bis zum 31. 3. 1920 bewilligt ist. Es sei auch nicht wahr, daß die Angestelltenausschüsse nicht zu den Verhandlungen über die Personalfragen hinzugezogen werden, und es sei ferner nicht wahr, daß Ministerialdirektor Kaub es abgelehnt hat, die Angestelltenausschüsse zu diesen Verhandlungen hinzuzuziehen. Tatsache ist vielmehr, daß die vereinigten Angestelltenausschüsse einen Beschluß gefaßt haben, wonach sie verlangen, daß die Regelung der Personalfragen der Angestellten nur im Einvernehmen mit den Angestelltenausschüssen zu erfolgen hat. Auf diesen dem Ministerialdirektor Kaub übermittelten Beschluß der vereinigten Angestelltenausschüsse habe Ministerialdirektor Kaub am selben Tage den vereinigten Angestelltenausschüssen mitgeteilt, daß die Regelung der Personalfragen der Angestellten nur im Einvernehmen mit den Angestelltenausschüssen erfolgen wird. Ministerialdirektor Kaub habe sich auch niemals dahin ausgesprochen, daß er die Personalfragen, ohne sich mit den Angestelltenausschüssen ins Benehmen gesetzt zu haben, renoncierte. Er habe vielmehr wiederholt betont, daß er den größten Wert darauf lege, in allen Angestelltenfragen mit den Angestelltenausschüssen im besten Einvernehmen zu verhandeln.

Genosse Walter Wolf, Mitglied des Berliner Gewerkschaftsverbandes der Buchbinder, ersucht uns, mitzuteilen, daß er in der Sitzung der Gewerkschaftskommission im Gewerkschaftshaus am 13. Dezember der Buchbinder für die Resolution Rosmann zugestimmt hat.

Verband der Steinsetzer und Berufsgenossen. Da die alten Beitragsscheine für das Jahr 1919 einvernom sind, machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß restierende Beiträge in der Versammlung am Sonntag, den 11. d. Mts., vormittags 9 1/2 Uhr, in den Sophienhallen oder in der Geschäftsstelle Schöndauer Allee 126 a, b. 4 Tr., am Montag, den 12. Dienstag, den 13. und Mittwoch, den 14., in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends zu zahlen sind. Wir ersuchen die Kollegen diesem bis zum 14. d. Mts. nachzukommen, damit ihre Ansprüche nicht verloren gehen. Der Vorstand.

Spondauer Reichswerke. Sonntag, vormittags 10 Uhr, Zusammenkunft aller wegen der Preisunterbrechung gemäßigten Kollegen in Spondau bei Seand, Rest. Zur letzten Minute, am Streikplatz.

Groß-Berlin.

Publikum und Straßenbahner.

Die Notiz „Ein ungläubiges Kopfschütteln“ in der Donnerstag-Abendnummer hat, wie schon mitgeteilt, unserer Redaktion eine Flut von Zuschriften eingetragen. Die Zuschriften stammen sämtlich von Straßenbahnern und sprechen sich sämtlich abfällig gegen die Form der Notiz aus, worin sie eine Verallgemeinerung von Kopfschütteln seitens der Straßenbahner erblicken.

Es mag zugegeben werden, daß die Fassung der Notiz zu dieser Schlussfolgerung führen kann, wenn dies von uns auch nicht beabsichtigt war. Wir wollten aber die Gelegenheit einmal wahrnehmen, über das Verhältnis zwischen Publikum und Straßenbahner einige Worte zu sagen. Vielleicht trägt dies dazu bei, dieses Verhältnis, das durchaus kein schönes zu nennen ist, in Zukunft wenigstens etwas besser zu gestalten.

Zunächst einmal zu dem Vorfall, der den Anlaß zu dieser Aussprache ergeben hat, selbst. Der Schreiber dieses Artikels war selbst Zeuge des Vorfalls, als er in der Nacht zum Donnerstag nach Redaktionsschluss mit dem betreffenden Wagen der Linie 55 (nicht 53) nachhause fuhr. Seine Auffassung stimmt nicht ganz mit derjenigen überein, der die Aufnahme der Notiz veranlaßte. Die Tat des Schaffners verurteilt aber auch er. In Handgreiflichkeiten sollten sich die Straßenbahner nicht verheizen, so lange noch andere Mittel und Wege offen sind. Und das schien uns der Fall zu sein. Dieser letzte Wagen wird regelmäßig von Kontrollleuten bestiegen und diesem wäre es unseres Erachtens wohl gelungen, den renitenten Fahrgast zur Einsicht zu bringen, daß er einen annehmbaren Schein in Zahlung zu geben habe. Im übrigen hätte der betreffende Fahrgast Bekannte im Wagen, die bei einer ruhigen Auseinandersetzung für den Fahrgast, der angeblich kein anderes Geld bei sich hatte, eingesprungen wären. Tatsächlich erbot sich einer auch dazu, aber leider zu spät, denn der Fahrgast war schon vom Wagen herunterbefördert worden und der Wagen fuhr schon weiter.

Das Verhalten des Fahrgastes können wir aber auch nicht billigen. Wir sind sicher, daß auch er, wenn ihm jemand einen zerrissenen Schein in Zahlung gibt, die Annahme desselben verweigert. Deshalb war er in Unrecht, wenn er trotzdem darauf bestand, daß ihm der Schaffner den zerrissenen Schein abnehme. Da er, wie gesagt, Bekannte im Wagen hatte, hätte er sich, wenn er wirklich kein anderes Geld besaß, von diesen die 30 Pfg. ausleihen können.

Und nun kommen wir zu der Sache im allgemeinen, das sind die häufigen Zusammenstöße zwischen dem Publikum und den Straßenbahnern. Diese beruhen ohne Zweifel auf den Verhältnissen, unter denen auch unser Verkehrsleben heute zu leiden hat. Eine große Anzahl Linien mühten wegen der verschiedensten Umständen eingestellt werden, auch die Verkehrsbedeutung ist herabgemindert worden, verschiedene Omnibuslinien verkehren nicht mehr usw. Das sind alles Gründe, weshalb sich die große Zahl der Fahrgäste auf die wenigen vorhandenen Wagen verteilt, so daß diese fast ständig überfüllt sind. Kein angenehmes Fahren ist dies für die Fahrgäste, aber jeder ist schon zufrieden, wenn er überhaupt mitkommt. Nun versehe man sich aber einmal in die Lage der Straßenbahner, die während ihrer ganzen Dienststunden fast ständig gezwungen sind, sich durch die Menschenmassen hindurchzuquetschen. Dazu gehört wahrlich schon mehr als Geduld, und an die Herden werden da große Ansprüche gestellt.

Meistens ist es dann doch das Publikum, das aus der Rolle fällt. Die Straßenbahner handeln in den meisten Fällen nur nach ihren Vorschriften. Das Publikum fragt aber nicht danach, sondern glaubt, es sind persönliche Schikanen der Angestellten. Da gibt es dann oft unnötige Reibereien, die leider dann manchmal in Tätlichkeiten ausarten. Wir würden es für sehr zweckmäßig halten, wenn die Direktionen unserer Straßenbahnen die gesamten Vorschriften in irgend einer Weise bekannt gäben. Das würde wesentlich dazu beitragen, die Streitigkeiten persönlicher Natur zu verringern.

Ganz verschwinden werden diese Ausfälle wohl kaum, wenigstens nicht eher, als die Verkehrsverhältnisse nicht wieder einigermaßen geregelt sind. Aber eins ist bei den Teilen anzuraten: mehr Selbstbeherrschung. So wie es unter dem Publikum eine Sorte Menschen gibt, die sich zu Kopfein gegen die Straßenbahnerangehörigen hinrichten lassen, so gibt es auch unter den Straßenbahnern einige, die nicht in jeder Situation Herr über sich sind. Wir treten jedwergelt dafür ein, daß die Arbeit der Straßenbahner bei der Entlohnung angemessen bewertet wird, es sollen aber auch nur solche Personen beschäftigt werden, die sich für diesen Dienst betätigen. Aber auch vom Publikum muß verlangt werden, daß es Rücksicht nimmt und nicht die Straßenbahner für die Verhältnisse, die sie nicht verschuldet haben, verantwortlich macht.

Sitze gegen Arbeitslose — lieber Hilfe.

Von Straßenergebnen im Norden Berlins am Donnerstag abend wird eine Korrespondenz zu berichten. Danach soll am Stekliner Bahnhof eine Kette von etwa 100 jungen Burken und lichtschönen Elementen, wie es geschmacklos heißt, versammelt gewesen sein. Es seien hyperbolische Ansprachen gehalten, der Regierung und dem Berliner Magistrat seien die schwersten Vorwürfe gemacht worden. Ein Redner habe angefordert, daß jeder sich nehme, was er sonst nicht bekommen könnte. Ein Trupp sei in die Konditorei von Köpinger eingedrungen und sei dort über den Boden und die Türen hergefallen. Verkäuferinnen und Kellner seien vollständig machtlos gewesen, die Gäste seien gerückt. Der Trupp sei unter Aufsen: „Nieder mit Kasse, Nieder mit der Regierung“ und Schmäherlen auf das Betriebsrätegeleise auf den Straßenbahngleisen weitergezogen und habe das Fahrpersonal der Straßenbahn belästigt. Dann sei es mit lautem Rufen nach dem Kaiserpalast Ton gegangen, wobei der Verkehr gesperrt worden sei. Die Menge, die inzwischen auf einige Hundert angewachsen war, sei dann in den Saal der Brauerei Königsstadt eingedrungen, während ein Teil draußen blieb. Die Alexanderstraße sei alarmiert worden, die gemeinsam mit der Polizei die „Erzboten“ an der Hand geführt habe.

Soweit die Darstellung, der der Stempel der Hebertreibung von der Eltern geschrieben steht. Diese Vorgänge werden im engen Zusammenhang mit der Demonstration der Arbeitslosen vor dem Rathaus gebracht, um dieselbe zu diskreditieren. Vielleicht ist diese Hebertreibung auch dazu bestimmt, voranzurücken, weil es keine gibt, die es zum sehen, wenn der Belagerungszustand wieder kommt.

In Berlin gibt es ja immer Elemente, die bei jeder Gelegenheit dabei sind und die beste Sache in Mißkredit bringen. Was die Vorrede vor dem Rathaus betrifft, so haben wir es durch eine Bemerkung in unserer Donnerstagnummer über die Zweckmäßigkeit der „Aktion“ mit dem Arbeiterrat der Arbeitslosen gründlich verdröben, weil wir geschrieben hatten, daß es unklar sei, was die Aktion soll, ist der Arbeiterrat der Arbeitslosen

über uns entrückt. In einer Zuschrift an uns bombardiert er uns mit harten Ausdrücken. Es sei unrichtig, so etwas zu sagen. Die „Freiheit“ müßte wissen, daß die Arbeiterräte der Arbeitslosen im Auftrage der Gewerkschaften eine Weihnachtsbesuche von der Stadt Berlin forderten, die in allen umliegenden Gemeinden bewilligt worden, aber in Berlin bis heute noch nicht erledigt werden konnte. Und dieser Forderung hätte ausgerechnet vor dem Rathaus nachdrücklich verziehen werden müssen. Darüber hätten wir uns gewundert. Dann wird gedroht, mit einzelnen Genossen im Stadiparlament in aller Öffentlichkeit abzurechnen.

Uns kommt es nur auf die Sache an und nicht auf Drohungen und Entzündung. Tatsache ist, daß die Forderung der Unabhängigen Sozialdemokraten im Rathaus den Antrag um Bewilligung von Zuschüssen an Bedürftige gestellt hat. Dieser Antrag mußte, weil er eine Geldbewilligung enthielt, an einen Ausschuss gehen. Dieser Ausschuss hat gelagt und vom Magistrat verlangt, sich schleunigst schlüssig zu machen über die Höhe der Mittel in Höhe von einer Million. Das ist geschehen. Am Donnerstag stand die Sache aber nicht auf der Tagesordnung. Deshalb die Verwunderung. Eine Deputation der Arbeitslosen war bereits beim Oberbürgermeister gewesen und hatte auch die Forderung erhalten, daß die Sache beschleunigt werde und der Ausschuss am Freitag zusammenzutreten sollte. Das mühte der Arbeiterrat der Arbeitslosen. Trotzdem ließ er keine Zeitung drucken und am Donnerstag konnte ihm auch der Stadiparlamentarier Herr Dr. Wehl keine andere Antwort geben, als der Oberbürgermeister geantwortet hat. Natürlich sind auch wir der Ansicht, daß den Arbeitslosen Hilfe werden muß. Das haben wir gestern klar und deutlich ausgesprochen. Aber die Hilfe muß ein dauernde sein. Besuchen, wie sie eine gelegentliche einmalige Zuwendung von einer Million oder auch mehr durch eine Gemeinde darstellen, sind solche Hilfe nicht. Hier muß mehr geschehen. Das ist der Kernpunkt. Da müht alle Entzündung gegen uns — ausgerechnet gegen uns — nicht das geringste. Darüber freuen sich nur die, welche den Arbeitslosen schone darüber sagen und nichts tun. Das Reich müht auch den Erwerbslosen helfen, aber dauernd helfen. Das kann nur durch Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung oder durch dauernde Zuschüsse dazu geschehen. Auf dieses Ziel muß alle Aufmerksamkeit gerichtet sein, dann müht man den Arbeitslosen.

Achtung! „Freiheit“-Spezialausgabe!

Wir erinnern daran, daß die nicht verkauften Wandkalender bis spätestens Montag, den 12. d. M., mittags, im Verlag, Zimmer 11, abgeliefert sein müssen. — Alle bis dahin nicht abgelieferten Kalender gelten als verkauft und werden berechnet. Der Verlag

Bei einem Raubüberfall auf einen Eisenbahnzug erschossen. Auf der Strecke Berlin-Lichtenberg-Diesdorf wurde in der Nacht zum Freitag von mehreren Personen ein Heberfall auf einen Güterzug verübt und der Schlafwagen verbrüht. Als polizeiliche Hilfe erschien, erschossen die Räuber die Beamten wachen von ihren Saugmaschinen Gebrauch und trafen einen der Täter, den Schloffer Karl Decke, durchs Herz. Ein anderer, der Schloffer Paul H. Schner, blieb auf Anruf stehen und konnte festgenommen werden.

Grasfeuer, das leider mehrere Menschenleben sehr gefährdete, kam am Freitag mittags durch große Fahrlässigkeit in Koabit, Kaufstraße 20a, neben der Lüneburger Straße in einem Automobilschuppen des Reichsberpflegungsamtes neben dem Getreidespeicher zum Ausbruch. Nur dem schnellen Eingreifen der Berliner Feuerwehr und der Umsicht der Leitung ist es zu danken, daß der Getreidespeicher den Flammen nicht zum Opfer gefallen ist. Dadurch sind große Vorräte des Reichsberpflegungsamtes geschützt und gerettet worden. Heber den Brand wird und berichtet: Die Kraftfahrer H. H. Starrafisch und Gauß waren in einem Autoschuppen, in dem ein Personen- und ein Lastauto standen, mit der Ausbesserung eines Benzinsballons, den sie schon vor drei Tagen gereinigt hatten, beschäftigt, als dieser Ballon plötzlich explodierte. Alle drei Fahrer erlitten schwere Brandwunden; die des H. H. Starrafisch und Gauß sind leichtere durch eine Hintertür, weil der vordere Ausgang schon brannte. Sie wurden schnell von der Feuerwehr nach dem Krankenhaus gebracht. Als die Feuerwehr erschien, stand der Autoschuppen schon total in Flammen. Diese hatten beide Autos erfaßt und schlugen haushoch bis zu den Fenstern des angrenzenden Getreidespeichers empor. Der 15. Löschung war zum Glück schnell zur Stelle und meldete sofort „Mittelfener“ an sämtliche Feuerwachen. In wenigen Minuten waren mehr als 80 Fahrzeuge zur Stelle. Es wurde kräftig gelöscht und dadurch die große Gefahr für den Getreidespeicher beseitigt. Dieser blieb unberührt. Der Autoschuppen mit den Autos ist anscheinend untergefallen.

Treptom-Baumwuchsenweg. Heute abend 7 Uhr findet im Lokal von Sandig, Gröblich 4, die Gründungsfeier der proletarischen Jugendorganisation, Ortsgruppe Treptom, statt. Die Eltern werden hierdurch gebeten, ihre der Schule einwohnen Kinder dieser Organisation zuzuführen und gemeinsam an der Feier teilzunehmen. Auch die Genossen und Genossinnen des Ortssteils Baumwuchsenweg sind herzlich eingeladen.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Bis Mittwoch in den Bezirken der 8., 9., 10., 12. und 17. B.-O. Kommission und bis Donnerstag in den Bezirken der 13. und 15. B.-O. Kommission pro Kopf 125 Gr. Rist. — Von Sonntag ab werden die A- und B-Mischkorten mit Liste II abgeliefert, d. h. A-I und B-II-Korten mit 1 Liter, B-I-Korten mit 1/2 Liter und B-II-Korten mit 1/3 Liter.

Aus den Organisationen.

- 3. Bezirk, 1. Abteilung, Treffpunkt Sonntag morgen 9 Uhr bei Kowitzer, Kreuzberg.
- 4. Bezirk, Montag abend 8 Uhr Bezirkskonferenz in der Schulaula Reichenderger Straße 67. Vortrag des Genossen Zubeil über Steuerfragen.
- Charlottenberg. Die Stadiparlamentarier werden ersucht, an der Sitzung des kommunalen Arbeiterrates heute abend 7 Uhr im Zimmer 304 teilzunehmen. — Der Ausweis des Genossen Dr. Herz findet am Sonntag, den 11. Januar, vormittags 10 Uhr, seine Fortsetzung.
- Charlottenberg. Heute, Sonntag, von 5-8 Uhr wichtige Flugblätterverteilung von den bekannten Jahobendokumenten.
- Charlottenburg. Die Protestversammlung am Sonntag vormittags 10 Uhr findet in der Lehnig-Oberrealschule, Schillerstraße 125/127 statt.
- Charlottenburg, 3. Gruppe. Heute abend 7 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Huber, Kaiserin-Augusta-Allee Ecke Reichlinstraße.
- Marinsende. Am 11. Januar, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Tolbenhauer. Trücht vom Festsitz.
- Kreuzberg. Genossen, die Elternliste werden wollen, melden sich unter Angabe der Schule, die von ihnen besucht wird, sofort bei den Bezirksleitern. — Die Elternversammlungen der 8. und 17. Gemeindegemeinde finden am Sonntag vormittags 11 Uhr in der Turnhalle der Schule am Marienborjer Weg statt.

Bereitskalender.

Zentralverband der Angestellten. Die Kandidaten der Opposition (Liste I) sowie die Kandidaten treffen sich am Sonntag abend 7 Uhr in Danterlands Postillen, Neue Friedrichstraße. Materialausgabe.

Transportarbeiter in Pflanzschon Schloß. Sonntag vormittags 9 Uhr Versammlung in den Zentral-Postillen, Alte Jakobstr. 52. Wichtiges Tagesprogramm.

Deutscher Werkmessers-Verband. Sonntag vormittags 10 Uhr versammeln sich sämtliche Betriebsvereine und Funktionäre in „Schultheiß“, Neue Jakobstr. 21/22. Wichtiges Tagesprogramm.